

Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuern (Armenien), Fassung vom 22.02.2024

Langtitel

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK ARMENIEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN
StF: BGBl. III Nr. 29/2004 (NR: GP XXII RV 87 AB 145 S. 27. BR: AB 6856 S. 700.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Ratifikationstext

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 29. Jänner 2004 ausgetauscht; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 1. März 2004 in Kraft getreten.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Armenien, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Text

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Armenien:

- i) die Gewinnsteuer;
- ii) die Einkommensteuer;

- iii) die Vermögensteuer;
- iv) die Grundsteuer,
(im Folgenden als „armenische Steuer“ bezeichnet);
- b) in Österreich:
 - i) die Einkommensteuer;
 - ii) die Körperschaftsteuer;
 - iii) die Grundsteuer;
 - iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
 - v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken,
(im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander innerhalb eines angemessenen Zeitraums die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Armenien oder Österreich;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Armenien“ die Republik Armenien;
 - c) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
 - d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) in Armenien: den Minister für Finanzen und Wirtschaft und den Minister für Staatliche Steuern oder deren bevollmächtigte Vertreter;
 - ii) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Gründung, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen

Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
 - b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
 - c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
 - d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer neun Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a) bis e) genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich

daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich

auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels wird ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats, außer in Bezug auf Rückversicherung, so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, wenn es auf dem Gebiet des anderen Staates durch eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7, Prämien einhebt oder dort belegene Risiken versichert.

(7) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln. Werden die Tätigkeiten eines solchen Vertreters jedoch ausschließlich oder überwiegend für dieses Unternehmen ausgeübt, so gilt er nicht als unabhängiger Vertreter im Sinne dieses Absatzes.

(8) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebsstätte an den Hauptsitz oder an eine andere Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, in Form von Provisionen oder anderen Gebühren für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für

Darlehen, die der Betriebstätte gewährt worden sind, gezahlt werden, sind jedoch nicht zum Abzug zugelassen. Dementsprechend sind Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebstätte, dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, in Form von Provisionen oder anderen Gebühren für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle gewährt worden sind, in Rechnung gestellt werden, bei der Ermittlung der Gewinne dieser Betriebstätte nicht zu berücksichtigen.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Gewinne“ umfasst auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und einer anderen steuerlich gleichbehandelten Personenvereinigung.

Artikel 8

INTERNATIONALER VERKEHR

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der direkten Benutzung, der Vermietung oder einer anderen Art der Nutzung von Containern und der dazugehörigen Ausrüstungen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen

Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Zinsen von der Steuer in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, ausgenommen, wenn es sich um folgende Zinsen handelt:

- a) Zinsen im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder von Investitionsgütern durch ein Unternehmen an ein anderes Unternehmen auf Kredit;
- b) Zinsen für von einer Bank gewährte Darlehen jeder Art, wenn diese keine Inhaberpapiere darstellen;

c) Zinsen, die an den anderen Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften gezahlt werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme, oder Filme oder Bänder für Rundfunk und Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen

an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Anteilen oder anderen Beteiligungsrechten an einer Gesellschaft bezieht, deren Vermögen hauptsächlich aus unbeweglichem Vermögen besteht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen in diesem Staat besteuert werden.

(6) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist.

Artikel 16

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats oder eines ähnlichen Organs einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 sind Einkünfte eines Künstlers oder Sportlers, die dieser aus seiner in Absatz 1 angeführten und nicht auf Gewinn gerichteten Tätigkeit im Rahmen eines zwischen den Regierungen der Vertragsstaaten vereinbarten Kultur- oder Sportaustauschprogramms bezieht, von der Besteuerung in dem Vertragsstaat ausgenommen, in dem diese Tätigkeit ausgeübt wird.

Artikel 18

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt auch für Vergütungen, die dem österreichischen Handelsdelegierten in Armenien und den Mitgliedern dieser österreichischen Außenhandelsstelle und den Mitgliedern einer vergleichbaren armenischen Organisation in Österreich gezahlt werden.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

Artikel 20

STUDENTEN

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 dürfen Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens nicht behandelt worden sind und die aus dem anderen Vertragsstaat stammen, auch im anderen Staat besteuert werden.

(4) Einkünfte in Sinne von Absatz 1, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

Artikel 22

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung

(1) In Armenien wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Bezieht eine in Armenien ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Armenien auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht, und auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen, oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

(2) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Armenien besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b) und c) und des Absatzes 3 diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach Absatz 2 der Artikel 10, 11 und 12, nach Absatz 4 des Artikels 13 und nach Absatz 3 des Artikels 21 in Armenien besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Armenien gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Armenien bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. a), die von einer in Armenien ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.

(3) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 24

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

(5) Können Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, von den zuständigen Behörden nicht im Verständigungsverfahren nach den vorherstehenden Absätzen dieses Artikels innerhalb einer Frist von zwei Jahren ab der Verfahrenseinleitung beseitigt werden, ist der Fall über Antrag aller betroffenen Steuerpflichtigen von der zuständigen Behörde jenes Vertragsstaates, der das Verständigungsverfahren eingeleitet hat, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Dem Schiedsgericht gehört pro Vertragsstaat je ein Vertreter der zuständigen Behörde und je eine unabhängige Person an, die aus einer Liste von Schiedsrichtern in der Rangfolge ihrer Reihung bestellt wird. Die Schiedsrichter wählen eine weitere Person als Vorsitzenden, der die Voraussetzungen für die Ausübung höchstrichterlicher Aufgaben in seinem Land erfüllen oder Jurist von allgemein bekannter Kompetenz sein muss. Jeder Staat ernennt fünf kompetente Personen für die Liste der Schiedsrichter. Der Steuerpflichtige wird auf sein Verlangen vor dem Schiedsgericht angehört. Das Schiedsgericht gibt seine Entscheidung binnen sechs Monaten ab, nachdem es befasst worden ist. Die Entscheidung ist hinsichtlich des Einzelfalles für beide Vertragsstaaten und alle betroffenen Steuerpflichtigen bindend.

Artikel 26

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die

Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, so weit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines Anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

- (2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,
- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
 - b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
 - c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 kann der Austausch von Informationen, die für die Durchführung des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, nur durchgeführt werden, wenn ein Verwaltungsübereinkommen zwischen den zuständigen Behörden geschlossen wird, das auch regelt, wie dieser Informationsaustausch durchzuführen ist.

Artikel 27

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation entsprechend den in den Vertragsstaaten geltenden Verfahren; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden Anwendung:

- a) in Bezug auf die an der Quelle einbehaltenen Steuern für Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;
- b) in Bezug auf andere Steuern vom Einkommen, sowie auf Steuern vom Vermögen, für Steuern, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres erhoben werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen nach Ablauf von fünf Jahren jederzeit auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung:

- a) in Bezug auf die an der Quelle einbehaltenen Steuern für Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt ist;
- b) in Bezug auf andere Steuern vom Einkommen, sowie auf Steuern vom Vermögen, für Steuern, die für Steuerjahre erhoben werden, die am 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterfertigten, die hiezu gehörig bevollmächtigt sind, dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 27. Februar 2002, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, armenischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Protokoll

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Armenien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Unterzeichneten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

I. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Bestimmungen des Abkommens, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen oder des Musterabkommens der Vereinten Nationen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren oder den Kommentaren der Vereinten Nationen dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Die Kommentare – die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können – stellen eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar. Im Fall einer unterschiedlichen Auslegung in den Kommentaren der OECD und der Vereinten Nationen wäre, falls erforderlich, eine einheitliche Auslegung in gegenseitigem Einvernehmen gemäß Artikel 25 zu suchen.

II. Es gilt als vereinbart, dass der Ausdruck „zuständige Behörde“ in Armenien bedeutet:

- a) den Minister für Staatliche Steuern oder seinen bevollmächtigten Vertreter für die Anwendung von Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12 Absatz 2 und Artikel 26; und
- b) den Minister für Finanzen und Wirtschaft oder seinen bevollmächtigten Vertreter in allen anderen Fällen.

III. Es gilt als vereinbart, dass für die Begründung der „tatsächlichen Geschäftsleitung“ im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 lit. g), Artikel 4 Absatz 3, Artikel 8 Absatz 1, Artikel 13 Absatz 3 und Artikel 22 Absatz 3 der Ort, von dem aus eine Gesellschaft tatsächlich geleitet und kontrolliert wird, der Ort, der eine führende Rolle für die Leitung einer Gesellschaft in wirtschaftlicher und funktioneller Hinsicht spielt und der Ort, an dem die Geschäftsbücher geführt werden, Kriterien darstellen, die unter anderem zu berücksichtigen sind.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterfertigten, die hiezu gehörig bevollmächtigt sind, dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 27. Februar 2002, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, armenischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2004

Ausgegeben am 4. Mai 2004

Teil III

29. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Armenien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll
(NR: GP XXII RV 87 AB 145 S. 27. BR: AB 6856 S. 700.)

29.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK ARMENIEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Armenien, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Armenien:

i) die Gewinnsteuer;

ii) die Einkommensteuer;

iii) die Vermögensteuer;

iv) die Grundsteuer,

(im Folgenden als „armenische Steuer“ bezeichnet);

b) in Österreich:

- i) die Einkommensteuer;
- ii) die Körperschaftsteuer;
- iii) die Grundsteuer;
- iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken,
(im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander innerhalb eines angemessenen Zeitraums die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Armenien oder Österreich;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Armenien“ die Republik Armenien;
 - c) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
 - d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) in Armenien: den Minister für Finanzen und Wirtschaft und den Minister für Staatliche Steuern oder deren bevollmächtigte Vertreter;
 - ii) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Gründung, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
 - b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
 - c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
 - d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.
- (3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

- (1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.
- (2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:
- a) einen Ort der Leitung,
 - b) eine Zweigniederlassung,
 - c) eine Geschäftsstelle,
 - d) eine Fabrikationsstätte,
 - e) eine Werkstätte und
 - f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.
- (3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer neun Monate überschreitet.
- (4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:
- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
 - b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
 - c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
 - d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
 - e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
 - f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a) bis e) genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.
- (5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels wird ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats, außer in Bezug auf Rückversicherung, so behandelt, als habe es eine Betriebstätte im anderen Vertragsstaat, wenn es auf dem Gebiet des anderen Staates durch eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7, Prämien einhebt oder dort belegene Risiken versichert.

(7) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln. Werden die Tätigkeiten eines solchen Vertreters jedoch ausschließlich oder überwiegend für dieses Unternehmen ausgeübt, so gilt er nicht als unabhängiger Vertreter im Sinne dieses Absatzes.

(8) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebstätte an den Hauptsitz oder an eine andere Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, in Form von Provisionen oder anderen Gebühren für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die der Betriebstätte gewährt worden sind, gezahlt werden, sind jedoch nicht zum Abzug zugelassen. Dementsprechend sind Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener

Aufwendungen), die von der Betriebstätte, dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, in Form von Provisionen oder anderen Gebühren für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle gewährt worden sind, in Rechnung gestellt werden, bei der Ermittlung der Gewinne dieser Betriebstätte nicht zu berücksichtigen.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Gewinne“ umfasst auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und einer anderen steuerlich gleichbehandelten Personenvereinigung.

Artikel 8

INTERNATIONALER VERKEHR

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der direkten Benutzung, der Vermietung oder einer anderen Art der Nutzung von Containern und der dazugehörigen Ausrüstungen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses

Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10 **DIVIDENDEN**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11 **ZINSEN**

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Zinsen von der Steuer in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, ausgenommen, wenn es sich um folgende Zinsen handelt:

- a) Zinsen im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder von Investitionsgütern durch ein Unternehmen an ein anderes Unternehmen auf Kredit;
- b) Zinsen für von einer Bank gewährte Darlehen jeder Art, wenn diese keine Inhaberpapiere darstellen;

c) Zinsen, die an den anderen Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften gezahlt werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme, oder Filme oder Bänder für Rundfunk und Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Anteilen oder anderen Beteiligungsrechten an einer Gesellschaft bezieht, deren Vermögen hauptsächlich aus unbeweglichem Vermögen besteht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen in diesem Staat besteuert werden.

(6) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und

- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist.

Artikel 16

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats oder eines ähnlichen Organs einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 sind Einkünfte eines Künstlers oder Sportlers, die dieser aus seiner in Absatz 1 angeführten und nicht auf Gewinn gerichteten Tätigkeit im Rahmen eines zwischen den Regierungen der Vertragsstaaten vereinbarten Kultur- oder Sportaustauschprogramms bezieht, von der Besteuerung in dem Vertragsstaat ausgenommen, in dem diese Tätigkeit ausgeübt wird.

Artikel 18

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt auch für Vergütungen, die dem österreichischen Handelsdelegierten in Armenien und den Mitgliedern dieser österreichischen Außenhandelsstelle und den Mitgliedern einer vergleichbaren armenischen Organisation in Österreich gezahlt werden.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

Artikel 20 **STUDENTEN**

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21 **ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 dürfen Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens nicht behandelt worden sind und die aus dem anderen Vertragsstaat stammen, auch im anderen Staat besteuert werden.

(4) Einkünfte in Sinne von Absatz 1, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person auf Grund gesetzlicher Versorgungsansprüche aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

Artikel 22 **VERMÖGEN**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

(1) In Armenien wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Bezieht eine in Armenien ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Armenien auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht, und auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen, oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

(2) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Armenien besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b) und c) und des Absatzes 3 diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach Absatz 2 der Artikel 10, 11 und 12, nach Absatz 4 des Artikels 13 und nach Absatz 3 des Artikels 21 in Armenien besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Armenien gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Armenien bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. a), die von einer in Armenien ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.

(3) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 24

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines

Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

(5) Können Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, von den zuständigen Behörden nicht im Verständigungsverfahren nach den vorherstehenden Absätzen dieses Artikels innerhalb einer Frist von zwei Jahren ab der Verfahrenseinleitung beseitigt werden, ist der Fall über Antrag aller betroffenen Steuerpflichtigen von der zuständigen Behörde jenes Vertragsstaates, der das Verständigungsverfahren eingeleitet hat, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Dem Schiedsgericht gehört pro Vertragsstaat je ein Vertreter der zuständigen Behörde und je eine unabhängige Person an, die aus einer Liste von Schiedsrichtern in der Rangfolge ihrer Reihung bestellt wird. Die Schiedsrichter wählen eine weitere Person als Vorsitzenden, der die Voraussetzungen für die Ausübung höchstrichterlicher Aufgaben in seinem Land erfüllen oder Jurist von allgemein bekannter Kompetenz sein muss. Jeder Staat ernennt fünf kompetente Personen für die Liste der Schiedsrichter. Der Steuerpflichtige wird auf sein Verlangen vor dem Schiedsgericht angehört. Das Schiedsgericht gibt seine Entscheidung binnen sechs Monaten ab, nachdem es befasst worden ist. Die Entscheidung ist hinsichtlich des Einzelfalles für beide Vertragsstaaten und alle betroffenen Steuerpflichtigen bindend.

Artikel 26

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den

Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, so weit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines Anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

- (2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,
- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
 - b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
 - c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 kann der Austausch von Informationen, die für die Durchführung des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, nur durchgeführt werden, wenn ein Verwaltungsübereinkommen zwischen den zuständigen Behörden geschlossen wird, das auch regelt, wie dieser Informationsaustausch durchzuführen ist.

Artikel 27

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation entsprechend den in den Vertragsstaaten geltenden Verfahren; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden Anwendung:

- a) in Bezug auf die an der Quelle einbehaltenen Steuern für Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;
- b) in Bezug auf andere Steuern vom Einkommen, sowie auf Steuern vom Vermögen, für Steuern, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres erhoben werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen nach Ablauf von fünf Jahren jederzeit auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung:

- a) in Bezug auf die an der Quelle einbehaltenen Steuern für Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt ist;

b) in Bezug auf andere Steuern vom Einkommen, sowie auf Steuern vom Vermögen, für Steuern, die für Steuerjahre erhoben werden, die am 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterfertigten, die hiezu gehörig bevollmächtigt sind, dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien , am 27.Februar 2002 , in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, armenischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Regierung der Republik
Österreich:
Dr. Grasser
(Finanzminister)

Für die Regierung der Republik
Armenien:
Wartan Oskanian
(Außenminister)

Protokoll

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Armenien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Unterzeichneten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

I. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Bestimmungen des Abkommens, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen oder des Musterabkommens der Vereinten Nationen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren oder den Kommentaren der Vereinten Nationen dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Die Kommentare - die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können - stellen eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar. Im Fall einer unterschiedlichen Auslegung in den Kommentaren der OECD und der Vereinten Nationen wäre, falls erforderlich, eine einheitliche Auslegung in gegenseitigem Einvernehmen gemäß Artikel 25 zu suchen.

II. Es gilt als vereinbart, dass der Ausdruck „zuständige Behörde“ in Armenien bedeutet:

- a) den Minister für Staatliche Steuern oder seinen bevollmächtigten Vertreter für die Anwendung von Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12 Absatz 2 und Artikel 26; und
- b) den Minister für Finanzen und Wirtschaft oder seinen bevollmächtigten Vertreter in allen anderen Fällen.

III. Es gilt als vereinbart, dass für die Begründung der „tatsächlichen Geschäftsleitung“ im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 lit. g), Artikel 4 Absatz 3, Artikel 8 Absatz 1, Artikel 13 Absatz 3 und Artikel 22 Absatz 3 der Ort, von dem aus eine Gesellschaft tatsächlich geleitet und kontrolliert wird, der Ort, der eine führende Rolle für die Leitung einer Gesellschaft in wirtschaftlicher und funktioneller Hinsicht spielt und der Ort, an dem die Geschäftsbücher geführt werden, Kriterien darstellen, die unter anderem zu berücksichtigen sind.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterfertigten, die hiezu gehörig bevollmächtigt sind, dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 27. Februar 2002, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, armenischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Regierung der Republik
Österreich:
Dr. Grasser
(Finanzminister)

Für die Regierung der Republik
Armenien:
Wartan Oskanian
(Außenminister)

[Abkommenstext armenisch siehe Anlage 1]

[Abkommenstext englisch siehe Anlage 2]

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 29. Jänner 2004 ausgetauscht; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 1. März 2004 in Kraft getreten.

Schüssel

ԿՈՆՎԵՆՑԻԱ**ԱՎԱՏՐԻԱՅԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿԱՌԱՎԱՐՈՒԹՅԱՆ****ԵՎ****ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿԱՌԱՎԱՐՈՒԹՅԱՆ ՄԻՋԵՎ**

եկամուտների և գույքի հարկերի առնչությամբ կրկնակի հարկումը բացառելու մասին

Ավստրիայի Հանրապետության կառավարությունը և Հայաստանի Հանրապետության կառավարությունը, ցանկանալով կնքել եկամուտների և գույքի հարկերի առնչությամբ կրկնակի հարկումը բացառելու մասին կոնվենցիա,

համաձայնեցին հետևյալի մասին.

ՀՈԴՎԱԾ 1**ԸՆԴԳՐԿՎԱԾ ԱՆՁԻՆԸ**

Սույն Կոնվենցիան կկիրառվի Պայմանավորվող պետություններից մեկի կամ երկուսի ռեզիդենտ հանդիսացող անձանց նկատմամբ:

ՀՈԴՎԱԾ 2**ԸՆԴԳՐԿՎԱԾ ՀԱՐԿԵՐԸ**

1. Սույն Կոնվենցիան կկիրառվի Պայմանավորվող պետության կամ դրա վարչատարածքային միավորների կամ տեղական իշխանության մարմինների կողմից սահմանված եկամուտների և գույքի հարկերի նկատմամբ՝ անկախ դրանց զանձման եղանակից:

2. Եկամուտների և գույքի հարկեր են համարվում ամբողջ եկամտի, ամբողջ գույքի կամ եկամտի, կամ գույքի առանձին տարրերի նկատմամբ սահմանված բոլոր հարկերը՝ ներառյալ շարժական կամ անշարժ գույքի օտարումից առաջացած եկամուտների, ձեռնարկությունների կողմից վճարած աշխատավարձի կամ ռոճիկի ընդհանուր գումարի, ինչպես նաև գույքի արժեքի հավելվածի նկատմամբ հարկերը:

3. Կոնվենցիան կկիրառվի, մասնավորապես, գոյություն ունեցող հետևյալ հարկերի նկատմամբ.

- ա) Ավստրիայի դեպքում՝
 - i) եկամտահարկ
 - ii) կորպորացիոն հարկ
 - iii) հողի հարկ

iv) գյուղատնտեսական և անտառային տնտեսություններից զանձվող հարկ

v) ազատ տարածքների արժեքից զանձվող հարկ (այսուհետև՝ ավստրիական հարկ),

p) Հայաստանի դեպքում՝

i) շահութահարկ

ii) եկամտահարկ

iii) գույքահարկ

iv) հողի հարկ

(այսուհետև՝ հայկական հարկ):

4. Սույն Կոնվենցիան կկիրառվի նաև նույնական կամ ըստ էության համանման ցանկացած հարկի նկատմամբ, որը կսահմանվի սույն Կոնվենցիայի ստորագրումից հետո՝ ի լրումն գոյություն ունեցող հարկերի կամ դրանց փոխարեն: Պայմանավորվող պետությունների իրավասու մարմինները հարմար ժամկետներում կժամանուցեն միմյանց իրենց համապատասխան հարկային օրենքներում կատարված որևէ էական փոփոխության մասին:

ՀՈԴՎԱԾ 3

ԸՆԴՀԱՆՈՒՐ ՍԱՀՄԱՆՈՒՄՆԵՐ

1. Սույն Կոնվենցիայի նպատակներով, եթե ենթատեքստը այլ բան չի պահանջում.

ա) «Պայմանավորվող պետություն» և «մյուս Պայմանավորվող պետություն» տերմինները, ենթատեքստից կախված, նշանակում են Ավստրիա կամ Հայաստան,

բ) «Ավստրիա» տերմինը նշանակում է Ավստրիայի Հանրապետություն,

գ) «Հայաստան» տերմինը նշանակում է Հայաստանի Հանրապետություն,

դ) «անձ» տերմինը ներառում է՝ ֆիզիկական անձ, ընկերություն և անձանց ցանկացած այլ միավորում,

ե) «ընկերություն» տերմինը նշանակում է՝ ցանկացած իրավաբանական անձ կամ ցանկացած այլ միավորում, որը հարկման նպատակներով դիտարկվում է որպես իրավաբանական անձ,

զ) «Պայմանավորվող պետության ձեռնարկություն» և «մյուս Պայմանավորվող պետության ձեռնարկություն» տերմինները նշանակում են, համապատասխանաբար, Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի կողմից ղեկավարվող ձեռնարկություն և մյուս Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի կողմից ղեկավարվող ձեռնարկություն,

է) «միջազգային փոխադրում» տերմինը նշանակում է՝ ցանկացած փոխադրում Պայմանավորվող պետությունում որոշումներ կայացնելու լիազորությամբ օժտված ղեկավարություն ունեցող ձեռնարկության կողմից

շահագործվող ծովային նավով կամ օդանավով, բացառությամբ այն դեպքերի, երբ ծովային նավը կամ օդանավը շահագործվում է բացառապես մյուս Պայմանավորվող պետությունում գտնվող վայրերի միջև,

ը) «իրավասու մարմին» տերմինը նշանակում է.

i) Ավստրիայի դեպքում՝ ֆինանսների ֆեդերալ նախարար կամ նրա լիազոր ներկայացուցիչ,

ii) Հայաստանի դեպքում՝ ֆինանսների և էկոնոմիկայի նախարար և պետական եկամուտների նախարար կամ նրանց լիազոր ներկայացուցիչներ,

թ) «ազգային անձ» տերմինը նշանակում է.

i) Պայմանավորվող պետության քաղաքացիություն ունեցող ցանկացած ֆիզիկական անձ,

ii) ցանկացած իրավաբանական անձ, ընկերակցություն կամ միավորում, որը Պայմանավորվող պետության գործող օրենսդրության հիման վրա ստացել է իր այդ կարգավիճակը:

2. Պայմանավորվող պետության կողմից Կոնվենցիան ցանկացած պահի կիրառվելիս դրանում չսահմանված ցանկացած տերմին, եթե ենթատեքստը այլ բան չի պահանջում, ունի այն նշանակությունը, որը նրան այդ պահին այդ Պետության օրենսդրությամբ տրված է այն հարկերի առնչությամբ, որոնց նկատմամբ կիրառվում է Կոնվենցիան: Այդ Պետության գործող՝ համապատասխան հարկային օրենքներով սահմանված ցանկացած տերմինի նշանակությունը գերակայում է այդ Պետության այլ օրենքներով այդ տերմինի համար սահմանված նշանակության նկատմամբ:

ՀՈԴՎԱԾ 4 ՌԵԶԻԴԵՆՏ

1. Սույն Կոնվենցիայի նպատակներով «Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ» տերմինը նշանակում է՝ ցանկացած անձ, որն այդ Պետության օրենսդրության համաձայն այնտեղ ենթակա է հարկման իր մշտական բնակության վայրի, հիմնադրման վայրի, ղեկավարման վայրի կամ որևէ այլ համանման չափանիշի հիման վրա, և ներառում է նաև այդ Պետությունը և նրա որևէ վարչատարածքային միավոր կամ տեղական իշխանության մարմին: Այդ տերմինը, այնուամենայնիվ, չի ներառում որևէ անձի, որը ենթակա է հարկման այդ Պետությունում՝ միայն այդ Պետության աղբյուրներից ստացված եկամտի կամ այնտեղ գտնվող գույքի նկատմամբ:

2. Երբ 1-ին կետի դրույթներին համապատասխան ֆիզիկական անձը հանդիսանում է երկու Պայմանավորվող պետությունների ռեզիդենտ, նրա կարգավիճակը որոշվում է հետևյալ կերպ.

ա) նա կհամարվի միայն այն Պետության ռեզիդենտը, որտեղ նա ունի իր մշտական կացարանը: Եթե նա ունի իր մշտական կացարանը երկու

Պետություններում, նա կհամարվի միայն այն Պետության ռեզիդենտը, որի հետ նրա անձնական և տնտեսական կապերն առավել սերտ են (կենսական շահերի կենտրոն),

բ) եթե հնարավոր չէ որոշել այն Պետությունը, որտեղ նա ունի իր կենսական շահերի կենտրոնը, կամ եթե նա Պետություններից և ոչ մեկում չունի իր մշտական կացարանը, ապա նա կհամարվի միայն այն Պետության ռեզիդենտը, որտեղ սովորաբար բնակվում է,

գ) եթե նա սովորաբար բնակվում է երկու Պետություններում կամ նրանցից և ոչ մեկում չի բնակվում, ապա նա կհամարվի միայն այն Պետության ռեզիդենտը, որի ազգային անձն է հանդիսանում,

դ) եթե նա հանդիսանում է երկու Պետությունների ազգային անձ կամ և ոչ մեկինը չէ, ապա Պայմանավորվող պետությունների իրավասու մարմինները կձգտեն հարցը լուծել փոխադարձ համաձայնությամբ:

3. Երբ 1-ին կետի դրույթներին համապատասխան ֆիզիկական անձից տարբերվող անձը հանդիսանում է երկու Պայմանավորվող պետությունների ռեզիդենտ, ապա նա կհամարվի միայն այն Պետության ռեզիդենտ, որտեղ գտնվում է նրա՝ որոշումներ կայացնելու լիազորությամբ օժտված ղեկավարությունը:

ՀՈԴՎԱԾ 5 ՄՇՏԱԿԱՆ ՀԱՍՏԱՏՈՒԹՅՈՒՆ

1. Սույն Կոնվենցիայի սահմանմամբ «մշտական հաստատություն» տերմինը նշանակում է՝ գործունեության կայուն վայր, որի միջոցով ամբողջությամբ կամ մասամբ իրականացվում է ձեռնարկության ձեռնարկատիրական գործունեությունը:

2. «Մշտական հաստատություն» տերմինը հատկապես ներառում է.

ա) ղեկավարման վայր

բ) մասնաճյուղ

գ) գրասենյակ

դ) գործարան

ե) արտադրամաս, և

զ) հանքահոր, նավթի կամ գազի հորատանցք, քարհանք կամ բնական պաշարների արդյունահանման ցանկացած այլ վայր:

3. Շինարարական հրապարակը կամ շինարարությունը կամ տեղակայման ծրագիրը կազմում են մշտական հաստատություն միայն այն դեպքում, եթե դրանց տևողությունը գերազանցում է ինն ամիսը:

4. Չնայած սույն հոդվածի նախորդ կետերի դրույթներին՝ «մշտական հաստատություն» տերմինը չի ներառում.

ա) հարմարությունների օգտագործումը՝ ձեռնարկությանը պատկանող ապրանքների կամ արտադրանքի բացառապես պահեստավորման, ցուցադրման կամ առաքման նպատակով,

բ) ձեռնարկությանը պատկանող ապրանքների կամ արտադրանքի պաշարների պահպանումը՝ բացառապես պահեստավորման, ցուցադրման կամ առաքման նպատակով,

գ) ձեռնարկությանը պատկանող ապրանքների կամ արտադրանքի պաշարների պահպանումը՝ բացառապես այլ ձեռնարկության կողմից մշակման նպատակով,

դ) գործունեության կայուն վայրի օգտագործումը՝ ձեռնարկության համար ապրանքների կամ արտադրանքի՝ բացառապես գնման կամ տեղեկությունների հավաքման նպատակով,

ե) գործունեության կայուն վայրի օգտագործումը ձեռնարկության համար՝ բացառապես նախապատրաստական կամ օժանդակ բնույթի որևէ այլ գործունեություն իրականացնելու նպատակով,

զ) գործունեության կայուն վայրի օգտագործումը բացառապես «ա» – «ե» ենթակետերում նշված գործունեության տեսակների համակցության համար, պայմանով, որ այդ համակցության արդյունքում գործունեության կայուն վայրի համընդհանուր գործունեությունը նախապատրաստական կամ օժանդակ բնույթի է:

5. Չնայած 1-ին և 2-րդ կետերի դրույթներին, երբ անկախ կարգավիճակով գործակալ համարվող անձից (որին վերաբերում է 7-րդ կետը) տարբերվող անձը գործում է ձեռնարկության անունից և ունի ու սովորաբար օգտագործում է Պայմանավորվող պետությունում այդ ձեռնարկության անունից պայմանագրեր կնքելու իրավասություն, ապա այդ ձեռնարկությունը համարվում է այդ Պետությունում մշտական հաստատություն ունեցող՝ ցանկացած գործունեության նկատմամբ, որն այդ անձն իրականացնում է այդ ձեռնարկության համար, եթե միայն այդ անձի գործունեությունը չի սահմանափակվում 4-րդ կետում նշվածով, որը, եթե անգամ իրականացվում է գործունեության կայուն վայրի միջոցով, այդ կետի դրույթների համաձայն, այդ գործունեության կայուն վայրը չի վերածում մշտական հաստատության:

6. Չնայած սույն հոդվածի նախորդ դրույթներին՝ Պայմանավորվող պետության ապահովագրական ընկերությունը, բացառությամբ վերաապահովագրման դեպքերի, համարվում է մյուս Պայմանավորվող պետությունում մշտական հաստատություն ունեցող, եթե այն այդ մյուս Պետությունում անկախ գործակալի կարգավիճակ ունեցող անձից (որին վերաբերում է 7-րդ կետը) տարբերվող անձի միջոցով ընդունում է ապահովագրական վճարներ կամ ապահովագրում է ռիսկերից:

7. Չեռնարկությունը չի համարվում Պայմանավորվող պետությունում մշտական հաստատություն ունեցող միայն այն պատճառով, որ այդ Պետությունում ձեռնարկատիրական գործունեություն է իրականացնում բրոքերի, սովորական կոմիսիոն գործակալի կամ անկախ կարգավիճակ ունեցող ցանկացած այլ գործակալի միջոցով պայմանով, որ այդպիսի անձինք գործում են իրենց սովորական ձեռնարկատիրական գործունեության շրջանակներում: Սակայն սույն կետի իմաստով այդ անձը չի դիտարկվի որպես անկախ կարգավիճակով գործակալ, եթե այդ գործակալի գործունեությունը ամբողջությամբ կամ գրեթե ամբողջությամբ իրականացվում է այդ ձեռնարկության անունից:

8. Այն փաստը, որ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ հանդիսացող ընկերությունը վերահսկում է մյուս Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ հանդիսացող ընկերությանը կամ վերահսկվում է նրա կողմից կամ ձեռնարկատիրական գործունեություն է իրականացնում այդ մյուս Պետությունում (մշտական հաստատության միջոցով կամ այլ կերպ), ինքնին որևէ ընկերության չի վերածում մյուսի մշտական հաստատության:

ՀՈԴՎԱԾ 6

ԵԿԱՄՈՒՏ ԱՆՇԱՐԺ ԳՈՒՅՔԻՑ

1. Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի կողմից մյուս Պայմանավորվող պետությունում գտնվող անշարժ գույքից ստացված եկամուտը (ներառյալ գյուղատնտեսությունից կամ անտառային տնտեսությունից ստացված եկամուտը) կարող է հարկվել այդ մյուս Պետությունում:

2. «Անշարժ գույք» տերմինն ունի այն նշանակությունը, որը նրան տրված է այն Պայմանավորվող պետության օրենսդրությամբ, որտեղ գտնվում է դիտարկվող գույքը: Այդ տերմինը, ամեն դեպքում, ներառում է անշարժ գույքին օժանդակ գույքը, գյուղատնտեսությունում և անտառային տնտեսությունում օգտագործվող անասունն ու սարքավորումները, այն իրավունքները, որոնց նկատմամբ կիրառվում են հողային սեփականությանը վերաբերող ընդհանուր օրենսդրության դրույթները, անշարժ գույքի ուզուֆրուկտը և օգտակար հանածոների հանքատեղերի, հանքավայրերի և այլ բնական պաշարների շահագործման կամ շահագործման իրավունքի դիմաց փոխհատուցման համար փոփոխական կամ հաստատուն վճարումների իրավունքները: Ծովային նավերը և օդանավերը որպես անշարժ գույք չեն դիտարկվում:

3. 1-ին կետի դրույթները կկիրառվեն անշարժ գույքի ուղղակի օգտագործումից, վարձակալության տրամադրելուց կամ ցանկացած այլ ձևով օգտագործելուց ստացված եկամուտների նկատմամբ:

4. 1-ին և 3-րդ կետերի դրույթները կկիրառվեն նաև ձեռնարկության անշարժ գույքից ստացված եկամուտների նկատմամբ և անկախ անհատական ծառայություններ մատուցելու համար օգտագործված անշարժ գույքից ստացված եկամուտների նկատմամբ:

ՀՈԴՎԱԾ 7 ՇԱՀՈՒՅԹ ՁԵՌՆԱՐԿԱՏԻՐԱԿԱՆ ԳՈՐԾՈՒՆԵՈՒԹՅՈՒՆԻՑ

1. Պայմանավորվող պետության ձեռնարկության շահույթը ենթակա է հարկման միայն այդ Պետությունում, եթե այդ ձեռնարկությունը ձեռնարկատիրական գործունեություն չի իրականացնում մյուս Պայմանավորվող պետությունում այնտեղ գտնվող մշտական հաստատության միջոցով: Եթե ձեռնարկությունը վերը նշված ձևով իրականացնում է ձեռնարկատիրական գործունեություն, ապա ձեռնարկության շահույթը կարող է հարկվել մյուս Պետությունում, բայց միայն այն չափով, որը վերագրելի է այդ մշտական հաստատությանը:

2. Հաշվի առնելով 3-րդ կետի դրույթները, երբ Պայմանավորվող պետության ձեռնարկությունը ձեռնարկատիրական գործունեություն է իրականացնում մյուս Պայմանավորվող պետությունում այնտեղ գտնվող մշտական հաստատության միջոցով, յուրաքանչյուր Պայմանավորվող պետությունում այդ մշտական հաստատությանը վերագրվում է այն շահույթը, որն այն կարող էր ստանալ՝ նույն կամ համանման պայմաններում իրականացնելով նույն կամ համանման գործունեություն՝ լինելով ինքնուրույն և առանձին ձեռնարկություն ու գործելով միանգամայն անկախ այն ձեռնարկությունից, որի մշտական հաստատությունն է հանդիսանում:

3. Մշտական հաստատության շահույթը որոշելիս թույլատրվում է նվազեցնում համարել մշտական հաստատության նպատակների համար կրած փաստացի ծախսերը, ներառյալ կառավարչական և ընդհանուր վարչական ծախսերը, ինչպես այն Պետությունում, որտեղ գտնվում է այդ մշտական հաստատությունը, այնպես էլ այլ վայրերում: Սակայն չի թույլատրվի նվազեցնել այն գումարները (եթե այդպիսիք կան), որոնք մշտական հաստատության կողմից վճարված են (այլ կերպ, քան որպես փաստացի կատարված ծախսերի փոխհատուցում) ձեռնարկության գլխավոր գրասենյակին կամ նրա այլ գրասենյակներին՝ պատենտներից կամ այլ իրավունքներից օգտվելու համար ռոյալթիների, հոնորարների կամ այլ համանման վճարումների տեսքով, մատուցված հատուկ ծառայությունների կամ ղեկավարման համար միջնորդավճարի տեսքով կամ, բացառությամբ բանկային ձեռնարկության դեպքի, մշտական հաստատությանը տրամադրված փոխառության դիմաց վճարված տոկոսների տեսքով: Նմանապես, մշտական հաստատության շահույթը որոշելիս հաշվի չեն առնվի մշտական հաստատությանը վճարված գումարները (այլ կերպ, քան որպես փաստացի կատարված ծախսերի փոխհատուցում) ձեռնարկության գլխավոր գրասենյակի կամ նրա այլ գրասենյակների կողմից՝ պատենտներից կամ այլ իրավունքներից օգտվելու համար ռոյալթիների, հոնորարների կամ այլ համանման վճարումների տեսքով, մատուցված հատուկ ծառայությունների կամ ղեկավարման համար միջնորդավճարի տեսքով կամ, բացառությամբ բանկային ձեռնարկության դեպքի, ձեռնարկության ղեկավարությանը կամ նրա այլ գրասենյակներին տրամադրված փոխառության դիմաց վճարված տոկոսների տեսքով:

4. Այնքանով, որքանով Պայմանավորվող պետությունում ընդունված է մշտական հաստատությանը վերագրվող շահույթը որոշել ձեռնարկության ամբողջ շահույթն իր տարբեր ստորաբաժանումների միջև բաշխելու հիման վրա, 2-րդ

կետի ոչ մի դրույթ չի խոչընդոտի այդ Պայմանավորվող պետությանը՝ հաշվառելու ընդունված բաշխման եղանակի հիման վրա հարկման ենթակա շահույթը: Այնուամենայնիվ, ընդունված բաշխման եղանակը պետք է լինի այնպիսին, որ արդյունքը համապատասխանի սույն հոդվածում ընդգրկված սկզբունքներին:

5. Ոչ մի շահույթ չի վերագրվի մշտական հաստատությանը՝ այդ մշտական հաստատության կողմից ձեռնարկության համար բացառապես ապրանքներ կամ արտադրանք գնելու պատճառով:

6. Նախորդ կետերի կիրառման դեպքում մշտական հաստատությանը վերագրվող շահույթը ամեն տարի կորոշվի միևնույն եղանակով, եթե հակառակն անելու համար չկա հիմնավոր և բավարար պատճառ:

7. Երբ շահույթը ներառում է եկամտի այնպիսի տարրեր, որոնց մասին առանձին նշվում է սույն Կոնվենցիայի այլ հոդվածներում, ապա սույն հոդվածի դրույթները չեն ազդի այդ հոդվածների դրույթների վրա:

8. Սույն հոդվածում օգտագործվող «շահույթ» տերմինն ընդգրկում է ցանկացած մասնակցի կողմից ընկերակցությունում կամ հարկման նպատակներով նույն կերպ դիտարկվող անձանց այլ միավորումում մասնակցությունից ստացված շահույթը:

ՀՈԴՎԱԾ 8

ՄԻՋԱԶԳԱՅԻՆ ՓՈԽԱԴՐՈՒՄ

1. Միջազգային փոխադրումներում ծովային նավերի կամ օդանավի շահագործումից ստացված եկամուտը ենթակա է հարկման միայն այն Պայմանավորվող պետությունում, որտեղ գտնվում է ձեռնարկության՝ որոշումներ կայացնելու լիազորությամբ օժտված ղեկավարությունը:

2. 1-ին կետի դրույթները կկիրառվեն նաև կոնտեյներների և դրանց պատկանող սարքավորումների անմիջական օգտագործումից, վարձակալության տրամադրումից կամ այլ ձևով օգտագործումից ստացված շահույթի նկատմամբ:

3. 1-ին և 2-րդ կետերի դրույթները կկիրառվեն նաև միավորումում, համատեղ ձեռնարկությունում կամ միջազգային շահագործման գործակալությունում մասնակցությունից առաջացած շահույթի նկատմամբ:

ՀՈԴՎԱԾ 9

ԱՍՈՑԱՅՎԱԾ (ԶՈՒԳՈՐԴՎԱԾ) ՁԵՌՆԱԲԿՈՒԹՅՈՒՆՆԵՐ

1. Երբ՝

ա) Պայմանավորվող պետության ձեռնարկությունը ուղղակիորեն կամ անուղղակիորեն մասնակցում է մյուս Պայմանավորվող պետության ձեռնարկության ղեկավարմանը, վերահսկմանը կամ կապիտալում, կամ

բ) միևնույն անձինք ուղղակիորեն կամ անուղղակիորեն մասնակցում են Պայմանավորվող պետության ձեռնարկության և մյուս Պայմանավորվող պետության ձեռնարկության ղեկավարմանը, վերահսկմանը կամ կապիտալում,

և յուրաքանչյուր դեպքում երկու ձեռնարկությունների միջև նրանց առևտրային կամ ֆինանսական փոխհարաբերություններում ստեղծված կամ սահմանված են պայմաններ, որոնք տարբերվում են նրանցից, որոնք կստեղծվեն երկու անկախ ձեռնարկությունների միջև, ապա ցանկացած շահույթ, որը կհաշվեգրվեր նրանցից մեկին, բայց այդ պայմանների պատճառով չի հաշվեգրվել, կարող է ներառվել այդ ձեռնարկության շահույթի մեջ և, համապատասխանաբար, հարկվել:

2. Երբ Պայմանավորվող պետությունը այդ Պետության ձեռնարկության շահույթի մեջ ներառում և, համապատասխանաբար, հարկում է այն շահույթը, որի առնչությամբ մյուս Պայմանավորվող պետության ձեռնարկությունը այդ մյուս Պետությունում ենթարկվել է հարկման, և այդ ձևով ներառված շահույթն այն շահույթն է, որը հաշվեգրված կլիներ առաջինը հիշատակված Պետության ձեռնարկությանը, եթե երկու ձեռնարկությունների միջև լինեին անկախ ձեռնարկություններին բնորոշ փոխհարաբերություններ, ապա այդ մյուս Պետությունը կկատարի այդ շահույթի առնչությամբ այնտեղ գանձված հարկի գումարի համապատասխան ճշգրտում: Այդպիսի ճշգրտումը որոշելիս հաշվի կառնվեն սույն Կոնվենցիայի այլ դրույթները, իսկ Պայմանավորվող պետությունների իրավասու մարմինները անհրաժեշտության դեպքում կխորհրդակցեն միմյանց հետ:

ՀՈԴՎԱԾ 10 ՇԱՀԱԲԱԺԻՆՆԵՐ

1. Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ հանդիսացող ընկերության կողմից մյուս Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտին վճարված շահաբաժինները կարող են հարկվել այդ մյուս Պետությունում:

2. Սակայն այդպիսի շահաբաժինները կարող են հարկվել նաև այն Պայմանավորվող պետությունում, որի ռեզիդենտն է հանդիսանում շահաբաժիններ վճարող ընկերությունը՝ այդ Պետության օրենքներին համաձայն, բայց եթե ստացողը շահաբաժինների փաստացի սեփականատերն է, ապա այդ ձևով գանձված հարկը չպետք է գերազանցի.

ա/ շահաբաժինների համախառն գումարի 5 տոկոսը, եթե շահաբաժինների փաստացի սեփականատերը հանդիսանում է ընկերությունը /ընկերակցությունից տարբեր/, որը ուղղակիորեն տնօրինում է շահաբաժիններ վճարող ընկերության կապիտալի առնվազն 10 տոկոսը,

բ/ շահաբաժինների համախառն գումարի 15 տոկոսը՝ մնացած բոլոր դեպքերում:

Պայմանավորվող պետությունների իրավասու մարմինները փոխադարձ համաձայնությամբ կորոշեն տվյալ սահմանափակումների կիրառման եղանակը:

Սույն կետը չի ազդի ընկերության այն շահույթի հարկման վրա, որից վճարվում են շահաբաժինները:

3. «Շահաբաժիններ» տերմինը սույն հոդվածում օգտագործվելիս նշանակում է՝ եկամուտ բաժնետոմսերից, «օգտագործման» բաժնետոմսերից կամ «օգտագործման» իրավունքներից, հանքարդյունաբերության բաժնետոմսերից, հիմնադիրների բաժնետոմսերից կամ այլ՝ պարտապահանջ չհանդիսացող՝ շահույթին մասնակցելու իրավունք տվող այլ իրավունքներից, ինչպես նաև այլ բաժնետիրական իրավունքներից եկամուտ, որը ենթակա է նույնպիսի հարկային կարգավորման, ինչպիսին բաժնետոմսերից ստացված եկամուտը՝ համաձայն այն Պետության օրենսդրության, որի ռեզիդենտն է հանդիսանում բաշխումն իրականացնող ընկերությունը:

4. 1-ին և 2-րդ կետերի դրույթները չեն կիրառվի, եթե շահաբաժինների փաստացի սեփականատերը, հանդիսանալով Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ, ձեռնարկատիրական գործունեություն է իրականացնում մյուս Պայմանավորվող պետությունում, որի ռեզիդենտն է հանդիսանում շահաբաժիններ վճարող ընկերությունը՝ այնտեղ գտնվող մշտական հաստատության միջոցով, կամ անկախ անհատական ծառայություններ է մատուցում այդ մյուս Պետությունում՝ այնտեղ գտնվող հաստատուն բազայի միջոցով, և մասնակցությունը, որի առնչությամբ վճարվում են շահաբաժինները, իրականում կապված է այդպիսի մշտական հաստատության կամ կայուն բազայի հետ: Այդ դեպքում, հանգամանքներից կախված, կկիրառվեն 7-րդ հոդվածի կամ 14-րդ հոդվածի դրույթները:

5. Երբ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ հանդիսացող ընկերությունը շահույթ կամ եկամուտ է ստանում մյուս Պայմանավորվող պետությունից, այդ մյուս Պետությունը չի կարող գանձել որևէ հարկ ընկերության կողմից վճարված շահաբաժինների նկատմամբ, բացառությամբ, երբ այդպիսի շահաբաժինները վճարվում են այդ մյուս Պետության ռեզիդենտին, կամ երբ մասնակցությունը, որի հետ կապված վճարվում են շահաբաժինները, իրականում կապված է այդ մյուս Պետությունում գտնվող մշտական հաստատության կամ կայուն բազայի հետ և չի կարող հարկման ենթարկել ընկերության չբաշխված շահույթը համապատասխան հարկատեսակով, եթե անգամ վճարված շահաբաժինները կամ չբաշխված շահույթը ամբողջությամբ կամ մասամբ կազմված են այդ մյուս Պետությունում առաջացող շահույթից կամ եկամտից:

ՀՈԴՎԱԾ 11 ՏՈԿՈՄԵՐ

1. Պայմանավորվող պետությունում առաջացող և մյուս Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտին վճարված տոկոսները կարող են հարկվել այդ մյուս Պետությունում:

2. Սակայն այդպիսի տոկոսները կարող են հարկվել նաև այն Պայմանավորվող պետությունում, որտեղ դրանք առաջանում են՝ այդ Պետության օրենքների համաձայն, բայց եթե ստացողը տոկոսների փաստացի սեփականատերն է, ապա այդ ձևով գանձվող հարկը չպետք է գերազանցի տոկոսների համախառն գումարի 10 տոկոսը: Պայմանավորվող պետությունների իրավասու մարմինները

փոխադարձ համաձայնությամբ կորոշեն տվյալ սահմանափակման կիրառման եղանակը:

3. Անկախ 2-րդ կետի դրույթներից՝ տոկոսները ազատվում են հարկումից այն Պայմանավորվող պետությունում, որտեղ առաջացել են, եթե դրանք՝

ա/ մի ձեռնարկության կողմից մյուս ձեռնարկությանը որևէ արդյունաբերական, առևտրային կամ գիտական սարքավորումների կամ արտադրական միջոցների ապառիկ վաճառքի հետ կապված տոկոսներ են,

բ/ բանկային հաստատության կողմից տրամադրված, ներկայացնողի փաստաթղթերով չներկայացված, ցանկացած բնույթի փոխառության տոկոսներ են,

գ/ մյուս Պայմանավորվող պետությանը կամ նրա վարչատարածքային միավորներին կամ տեղական իշխանության մարմիններին վճարված տոկոսներն են:

4. «Տոկոսներ» տերմինը սույն հոդվածում օգտագործվելիս նշանակում է՝ եկամուտ ցանկացած տեսակի պարտապահանջից՝ անկախ հիպոթեքային ապահովումից և անկախ պարտապահի շահույթին մասնակցության իրավունքի առկայությունից, մասնավորապես, եկամուտ կառավարական արժեթղթերից և եկամուտ պարտատոմսերից կամ փոխառության տոմսերից, ներառյալ այդպիսի արժեթղթերի, պարտատոմսերի և փոխառության տոմսերի հետ կապված պարզավճարներն ու մրցանակները: Ըստ սույն հոդվածի՝ ժամկետանց վճարման պատճառով կիրառվող տույժերը որպես տոկոսներ չեն դիտարկվում:

5. 1-ին և 2-րդ կետերի դրույթները չեն կիրառվում, եթե տոկոսների փաստացի սեփականատերը, լինելով Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ, ձեռնարկատիրական գործունեություն է իրականացնում մյուս Պայմանավորվող պետությունում, որտեղ առաջանում են տոկոսները՝ այնտեղ գտնվող մշտական հաստատության միջոցով, կամ անկախ անհատական ծառայություններ է մատուցում այդ մյուս Պետությունում՝ այնտեղ գտնվող հաստատուն բազայի միջոցով, և պարտապահանջը, որի առնչությամբ վճարվում են տոկոսները, գործնականորեն կապված է այդպիսի մշտական հաստատության կամ հաստատուն բազայի հետ: Այդ դեպքում, հանգամանքներից կախված, կիրառվում են 7-րդ հոդվածի կամ 14-րդ հոդվածի դրույթները:

6. Տոկոսները համարվում են առաջացած Պայմանավորվող պետությունում, եթե վճարողն այդ Պետության ռեզիդենտն է: Սակայն երբ տոկոսներ վճարող անձը, անկախ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ լինելու կամ չլինելու հանգամանքից, Պայմանավորվող պետությունում ունի մշտական հաստատություն կամ հաստատուն բազա, որոնց առնչությամբ առաջացել է պարտքը, որի տոկոսները վճարվում են, և այդ տոկոսների վճարման ծախսերը կրում է այդպիսի մշտական հաստատությունը կամ հաստատուն բազան, ապա այդ տոկոսները համարվում են առաջացած այն Պետությունում, որտեղ գտնվում է մշտական հաստատությունը կամ հաստատուն բազան:

7. Երբ վճարողի և փաստացի սեփականատիրոջ կամ նրանց երկուսի և որևէ այլ անձի միջև հատուկ հարաբերությունների պատճառով պարտապահանջին վերաբերող վճարված տոկոսների գումարը գերազանցում է այն գումարը, որը կհամաձայնեցվեր վճարողի և փաստացի սեփականատիրոջ միջև նման հարաբերությունների բացակայության դեպքում, ապա սույն հոդվածի դրույթները կկիրառվեն միայն վերջինը հիշատակված գումարի նկատմամբ: Այդ դեպքում վճարումների ավելցուկային մասը կմնա հարկման ենթակա յուրաքանչյուր Պայմանավորվող պետության օրենքներին համաձայն՝ հաշվի առնելով սույն Կոնվենցիայի այլ դրույթները:

ՀՈԴՎԱԾ 12 ՌՈՅԱԼԹԻ

1. Պայմանավորվող պետությունում առաջացող և մյուս Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտին, որը հանդիսանում է ռոյալթի փաստացի սեփականատերը, վճարված ռոյալթին կարող է հարկվել այդ մյուս Պետությունում:

2. Այնուամենայնիվ, այդպիսի ռոյալթին կարող է հարկվել նաև այն Պայմանավորվող պետությունում, որտեղ այն առաջանում է՝ այդ Պետության օրենքների համաձայն, սակայն եթե ստացողը ռոյալթի փաստացի սեփականատերն է, ապա այդ ձևով զանձվող հարկը չպետք է գերազանցի ռոյալթի համախառն գումարի 5 տոկոսը: Պայմանավորվող պետությունների իրավասու մարմինները փոխադարձ համաձայնությամբ կորոշեն տվյալ սահմանափակման կիրառման եղանակը:

3. «Ռոյալթի» տերմինը սույն հոդվածում կիրառելիս նշանակում է՝ ցանկացած տեսակի փոխհատուցում, որը ստացվում է որպես վճարում՝ զրական, արվեստի կամ գիտական աշխատանքների, ներառյալ կինոնկարների կամ ռադիոյով կամ հեռուստացույցով հեռարձակման համար ֆիլմերի կամ ձայներիզների, ցանկացած պատենտի, ապրանքային նշանի, նախագծի կամ մոդելի, գծագրի, գաղտնի բանաձևի կամ գործընթացի կամ էլ արդյունաբերական, առևտրային կամ գիտական փորձին վերաբերող տեղեկության օգտագործման կամ օգտագործման իրավունքի դիմաց:

4. 1-ին և 2-րդ կետերի դրույթները չեն կիրառվի, եթե ռոյալթի փաստացի սեփականատերը, լինելով Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ, ձեռնարկատիրական գործունեություն է իրականացնում մյուս Պայմանավորվող պետությունում, որտեղ առաջանում է ռոյալթին՝ այնտեղ գտնվող մշտական հաստատության միջոցով, կամ անկախ անհատական ծառայություններ է մատուցում այդ մյուս Պետությունում՝ այնտեղ գտնվող կայուն բազայի միջոցով, և իրավունքը կամ գույքը, որոնց առնչությամբ վճարվում է ռոյալթին, գործնականորեն կապված է այդպիսի մշտական հաստատության կամ կայուն բազայի հետ: Այդ դեպքում, հանգամանքներից կախված, կկիրառվեն 7-րդ հոդվածի կամ 14-րդ հոդվածի դրույթները:

5. Ռոյալթին համարվում է առաջացած Պայմանավորվող պետությունում, եթե վճարողն այդ Պետության ռեզիդենտն է: Սակայն, երբ ռոյալթի վճարող անձը, անկախ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ լինելու կամ չլինելու հան-

գանձանքից, Պայմանավորվող պետությունում ունի մշտական հաստատություն կամ կայուն բազա, որոնց առնչությամբ առաջացել է ռոյալթի վճարելու պարտավորությունը, և այդպիսի ռոյալթի վճարման ծախսերը կրում է այդպիսի մշտական հաստատությունը կամ կայուն բազան, ապա այդպիսի ռոյալթին կհամարվի առաջացած այն Պետությունում, որտեղ գտնվում է մշտական հաստատությունը կամ կայուն բազան:

6. Երբ վճարողի և փաստացի սեփականատիրոջ կամ նրանց երկուսի և որևէ այլ անձի միջև հատուկ հարաբերությունների պատճառով օգտագործման, իրավունքի կամ տեղեկության համար վճարվող ռոյալթի գումարը գերազանցում է այն գումարը, որը կհամաձայնեցվեր վճարողի և փաստացի սեփականատիրոջ միջև նման հարաբերությունների բացակայության դեպքում, ապա սույն հոդվածի դրույթները կկիրառվեն միայն վերջինը հիշատակված գումարի նկատմամբ: Այդ դեպքում վճարումների ավելցուկային մասը կմնա հարկման ենթակա՝ յուրաքանչյուր Պայմանավորվող պետության օրենքների համաձայն՝ հաշվի առնելով սույն Կոնվենցիայի այլ դրույթները:

ՀՈՂՎԱԾ 13

ԳՈՒՅՔԻ ԱՐԺԵՔԻ ՀԱՎԵԼԱՐ

1. 6-րդ հոդվածով նախատեսված և մյուս Պայմանավորվող պետությունում գտնվող անշարժ գույքի օտարումից Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի ստացած արժեքի հավելանքը կարող է հարկվել այդ մյուս Պետությունում:

2. Պայմանավորվող պետության ձեռնարկության՝ մյուս Պայմանավորվող պետությունում ունեցած մշտական հաստատության ձեռնարկատիրական գույքի մաս կազմող շարժական գույքի կամ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի՝ մյուս Պայմանավորվող պետությունում անկախ անհատական ծառայությունների մատուցման նպատակով ունեցած կայուն բազային վերաբերող շարժական գույքի օտարումից առաջացած արժեքի հավելանքը, ներառյալ այդպիսի մշտական հաստատության (առանձին կամ ամբողջ ձեռնարկության հետ մեկտեղ) կամ այդպիսի կայուն բազայի օտարումից առաջացած արժեքի հավելանքը կարող է հարկվել այդ մյուս Պետությունում:

3. Միջազգային փոխադրումներում ծովային նավերի կամ օդանավերի շահագործումից կամ այդպիսի ծովային նավերին կամ օդանավերին վերաբերող շարժական գույքի օտարումից առաջացած արժեքի հավելանքը ենթակա է հարկման միայն այն Պայմանավորվող պետությունում, որտեղ գտնվում է ձեռնարկության՝ որոշումներ կայացնելու լիազորությամբ օժտված ղեկավարությունը:

4. Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի կողմից այն ընկերությունում բաժնետոմսերի կամ այլ կորպորատիվ իրավունքների օտարումից ստացվող գույքի արժեքի հավելանքը, որի ակտիվները հիմնականում բաղկացած են մյուս Պայմանավորվող պետությունում գտնվող անշարժ գույքից, կարող է հարկվել այդ Պետությունում:

5. 1-ին, 2-րդ, 3-րդ և 4-րդ կետերում նշված գույքից տարբերվող ցանկացած այլ գույքի օտարումից առաջացած արժեքի հավելանք ենթակա է հարկման միայն այն Պայմանավորվող պետությունում, որի ռեզիդենտն է հանդիսանում օտարողը:

ՀՈԴՎԱԾ 14

ԱՆԿԱԽ ԱՆՀԱՏԱԿԱՆ ԾԱՌԱՅՈՒԹՅՈՒՆՆԵՐ

1. Մասնագիտական ծառայություններից կամ անկախ բնույթի այլ գործունեությունից Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի ստացած եկամուտը ենթակա է հարկման միայն այդ Պետությունում, եթե նա մյուս Պայմանավորվող պետությունում իր գործունեությունն իրականացնելու համար սովորաբար իր տրամադրության տակ չունի կայուն բազա: Եթե նա ունի այդպիսի կայուն բազա, այդ եկամուտը կարող է հարկվել այդ մյուս Պետությունում, սակայն միայն այն չափով, որը վերագրելի է այդ կայուն բազային:

2. «Մասնագիտական ծառայություններ» տերմինը ներառում է, հատկապես, անկախ գիտական, գրական, արվեստաբանական, կրթական կամ մանկավարժական գործունեությունը, ինչպես նաև բժիշկների, իրավաբանների, ճարտարագետների, ճարտարապետների, ատամնաբույժների և հաշվապահների անկախ գործունեությունը:

ՀՈԴՎԱԾ 15

ԿԱԽՅԱԼ ԱՆՀԱՏԱԿԱՆ ԾԱՌԱՅՈՒԹՅՈՒՆՆԵՐ

1. Հաշվի առնելով 16-րդ, 18-րդ և 19-րդ հոդվածների դրույթները՝ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի կողմից վարձու աշխատանքի դիմաց ստացված աշխատավարձը, ռոճիկը և այլ համանման վարձատրությունները ենթակա են հարկման միայն այդ Պետությունում, եթե այդպիսի վարձու աշխատանքը չի իրականացվում մյուս Պայմանավորվող պետությունում: Եթե վարձու աշխատանքը իրականացվում է այդ կերպ, ապա դրա հետ կապված վարձատրությունը կարող է հարկվել այդ մյուս Պետությունում:

2. Չնայած 1-ին կետի դրույթներին՝ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի կողմից մյուս Պայմանավորվող պետությունում իրականացվող վարձու աշխատանքի դիմաց ստացված վարձատրությունը ենթակա է հարկման միայն առաջինը հիշատակված Պետությունում, եթե՝

ա) ստացողը ֆինանսական տարվա ընթացքում գտնվում է մյուս Պետությունում ընդհանուր առմամբ 183 օրը չգերազանցող ժամանակահատվածում կամ ժամանակահատվածներում, և

բ) վարձատրությունը վճարվում է մյուս Պետության ռեզիդենտ չհանդիսացող գործատուի կողմից կամ նրա անունից, և

գ) վարձատրության ծախսերը չի կրում մյուս Պետությունում գործատուի ունեցած մշտական հաստատությունը կամ կայուն բազան:

3. Անկախ սույն հոդվածի նախորդ դրույթներից՝ միջազգային փոխադրումներում շահագործվող ծովային նավի կամ օդանավի վրա իրականացվող վարձու

աշխատանքի դիմաց ստացված վարձատրությունը կարող է հարկվել այն Պայմանավորվող պետությունում, որի ռեզիդենտն է հանդիսանում շահագործող անձը:

ՀՈԴՎԱԾ 16 ՏՆՕՐԵՆՆԵՐԻ ՀՈՆՈՐԱՐՆԵՐ

Որպես մյուս Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ հանդիսացող ընկերության տնօրենների խորհրդի կամ ընկերության այլ համանման մարմնի անդամ՝ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի կողմից ստացված տնօրենների հոնորարները և այլ համանման վճարումները կարող են հարկվել այդ մյուս Պետությունում:

ՀՈԴՎԱԾ 17 ԱՐՏԻՍՏՆԵՐ ԵՎ ՍԱՐՁԻԿՆԵՐ

1. Չնայած 7-րդ, 14-րդ և 15-րդ հոդվածների դրույթներին՝ այն եկամուտը, որը Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտը ստացել է որպես արվեստի գործիչ՝ քատրոնի, կինոյի, ռադիոյի կամ հեռուստատեսության արտիստ կամ երաժիշտ կամ որպես մարզիկ մյուս Պայմանավորվող պետությունում իրականացված իր անձնական գործունեությունից, կարող է հարկվել այդ մյուս Պետությունում:

2. Երբ արվեստի գործչի կամ մարզիկի՝ որպես այդպիսին իրականացրած անհատական գործունեության հետ կապված եկամուտը հաշվեգրվում է ոչ թե անձամբ արվեստի գործչին կամ մարզիկին, այլ մեկ ուրիշ անձի, ապա այդ եկամուտը, չնայած 7-րդ, 14-րդ և 15-րդ հոդվածների դրույթներին, կարող է հարկվել այն Պայմանավորվող պետությունում, որտեղ իրականացվում է արվեստի գործչի կամ մարզիկի գործունեությունը:

3. Չնայած 1-ին և 2-րդ կետի դրույթներին՝ 1-ին կետում հիշատակված գործունեության արդյունքում արվեստի գործչի կամ մարզիկի կողմից ստացված եկամուտը ազատվում է հարկից այն Պայմանավորվող պետությունում, որտեղ այդ գործունեությունն իրականացվում է, եթե այդպիսի գործունեությունն իրականացվում է Պայմանավորվող պետությունների կառավարությունների միջև համաձայնեցված մշակութային կամ սպորտային փոխանակման շրջանակներում և չի իրականացվում շահույթ ստանալու նպատակով:

ՀՈԴՎԱԾ 18 ԿԵՆՍԱԹՈՇԱԿՆԵՐ

Հաշվի առնելով 19-րդ հոդվածի 2-րդ կետի դրույթները՝ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտին վճարված կենսաթոշակները և այլ համանման վարձատրությունները, կապված նախկին վարձու աշխատանքի հետ, ենթակա են հարկման միայն այդ Պետությունում:

ՀՈԴՎԱԾ 19 ՊԵՏԱԿԱՆ ԾԱՌԱՅՈՒԹՅՈՒՆ

1. ա) Պայմանավորվող պետության կամ նրա վարչատարածքային միավորման կամ տեղական իշխանության մարմնի կողմից ֆիզիկական անձին այդ Պետությանը կամ վարչատարածքային միավորմանը կամ տեղական իշխանության մարմնին մատուցած ծառայությունների դիմաց վճարված՝ կենսաթոշակից տարբերվող ռոճիկը, աշխատավարձը և այլ համանման վարձատրությունները ենթակա են հարկման միայն այդ Պետությունում:

բ) Սակայն այդպիսի ռոճիկը, աշխատավարձը և այլ համանման վարձատրությունները ենթակա են հարկման միայն մյուս Պայմանավորվող պետությունում, եթե ծառայությունները մատուցվում են այդ մյուս Պետությունում, և այդ Պետության ռեզիդենտ հանդիսացող ֆիզիկական անձը՝

i) հանդիսանում է այդ Պետության ազգային անձը, կամ

ii) չի դարձել այդ Պետության ռեզիդենտ՝ բացառապես ծառայություններ մատուցելու նպատակով:

2. ա) Պայմանավորվող պետության կամ նրա վարչատարածքային միավորման կամ տեղական իշխանության կողմից կամ նրանց կողմից ստեղծված հիմնադրամներից ֆիզիկական անձին՝ այդ Պետությանը կամ նրա վարչատարածքային միավորմանը կամ տեղական իշխանությանը մատուցած ծառայությունների համար վճարված որևէ կենսաթոշակ ենթակա է հարկման միայն այդ Պետությունում:

բ) Սակայն այդպիսի կենսաթոշակը ենթակա է հարկման միայն մյուս Պայմանավորվող պետությունում, եթե ֆիզիկական անձը հանդիսանում է այդ Պետության ռեզիդենտն ու ազգային անձը:

3. Սույն հոդվածի 1-ին կետի դրույթները կկիրառվեն նաև Հայաստանում ավատրիական արտաքին առևտրի ներկայացուցչին և վերջինիս անձնակազմի անդամներին և Ավստրիայում նմանատիպ բնույթի հայկական կազմակերպության անձնակազմին վճարված վարձատրության նկատմամբ:

4. 15-րդ, 16-րդ, 17-րդ և 18-րդ հոդվածների դրույթները կկիրառվեն Պայմանավորվող պետության կամ նրա վարչատարածքային միավորման կամ տեղական իշխանության մարմնի կողմից իրականացվող ձեռնարկատիրական գործունեության հետ կապված ծառայությունների դիմաց ստացված աշխատավարձի, ռոճիկի և այլ համանման վարձատրությունների ու կենսաթոշակների նկատմամբ:

ՀՈԴՎԱԾ 20 ՈՒՍԱՆՈՂՆԵՐ

Ուսանողը կամ փորձակը, որը հանդիսանում է կամ մինչև Պայմանավորվող պետություն անմիջապես ժամանելը հանդիսացել է մյուս Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտը, և որը գտնվում է առաջինը հիշատակված Պետությունում բացառապես իր ուսման կամ մասնագիտացման նպատակով, այդ մյուս Պետությունում չի հարկվում իր ապրելու, ուսանելու կամ մասնագիտանալու համար ստացած վճարումների համար, եթե այդպիսի վճարումները առաջանում են այդ Պետությունից դուրս գտնվող աղբյուրներից:

ՀՈԴՎԱԾ 21 ԱՅԼ ԵԿԱՍՈՒՏ

1. Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի՝ սույն Կոնվենցիայի նախորդ հոդվածներում չհիշատակված եկամտի տարրերը, անկախ առաջացման վայրից, ենթակա են հարկման միայն այդ Պետությունում:

2. 1-ին կետի դրույթները չեն կիրառվում 6-րդ հոդվածի 2-րդ կետում սահմանված անշարժ գույքի եկամտից տարբերվող եկամտի նկատմամբ, եթե այդպիսի եկամուտ ստացողը, լինելով Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտը, ձեռնարկատիրական գործունեություն է իրականացնում մյուս Պայմանավորվող պետությունում՝ այնտեղ գտնվող մշտական հաստատության միջոցով կամ այդ մյուս Պետությունում անկախ անհատական ծառայություններ է մատուցում այնտեղ գտնվող կայուն բազայի միջոցով, և գույքը կամ իրավունքը, որի առնչությամբ վճարվել է եկամուտը, գործնականորեն կապված են այդպիսի մշտական հաստատության կամ կայուն բազայի հետ: Այդ դեպքում, հանգամանքներից կախված, կկիրառվեն 7-րդ հոդվածի կամ 14-րդ հոդվածի դրույթները:

3. Չնայած 1-ին և 2-րդ կետերի դրույթներին՝ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի՝ սույն Կոնվենցիայի նախորդ հոդվածներում չհիշատակված և մյուս Պայմանավորվող պետությունում առաջացած եկամտի տարրերը կարող են հարկվել նաև այդ մյուս Պետությունում:

4. Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի կողմից մյուս Պայմանավորվող պետությունից օրինական պահանջի ներքո ստացված՝ 1-ին կետում նշված եկամուտը չի կարող հարկվել առաջինը հիշատակված Պետությունում, եթե նման եկամուտը, մյուս Պայմանավորվող պետության օրենքների համաձայն, պետք է ազատվի հարկից:

ՀՈԴՎԱԾ 22 ԳՈՒՅՔ

1. 6-րդ հոդվածում նշված՝ անշարժ գույքի տեսքով ներկայացված՝ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտին պատկանող և մյուս Պայմանավորվող պետությունում գտնվող գույքը կարող է հարկվել այդ մյուս Պետությունում:

2. Մյուս Պայմանավորվող պետությունում Պայմանավորվող պետության ձեռնարկության ունեցած մշտական հաստատության ձեռնարկատիրական գույքի մաս կազմող շարժական գույքի կամ մյուս Պայմանավորվող պետությունում անկախ անհատական ծառայությունների մատուցման նպատակով Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի կայուն բազային վերաբերող շարժական գույքի տեսքով ներկայացված գույքը կարող է հարկվել այդ մյուս Պետությունում:

3. Միջազգային փոխադրումներում շահագործվող ծովային նավերով և օդանավերով ներկայացված գույքը և այդպիսի ծովային նավերի և օդանավերի շահագործմանը վերաբերող շարժական գույքով ներկայացված գույքը հարկվում են միայն այն Պայմանավորվող պետությունում, որտեղ գտնվում է ձեռնարկության՝ որոշումներ կայացնելու լիազորությամբ օժտված ղեկավարությունը:

4. Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի գույքի բոլոր այլ տարրերը ենթակա են հարկման միայն այդ Պետությունում:

ՀՈԳՎԱԾ 23

ԿՐԿՆԱԿԻ ՀԱՐԿՄԱՆ ԲԱՑԱՌՈՒՄԸ

1. Հայաստանում կրկնակի հարկումը բացառվում է հետևյալ կերպ.

երբ Հայաստանի ռեզիդենտը եկամուտ է ստանում կամ տնօրինում է գույք, որոնք, սույն Կոնվենցիայի դրույթներին համապատասխան, կարող են հարկվել Ավստրիայում, ապա Հայաստանը թույլատրում է այդ ռեզիդենտի եկամտի հարկի նվազեցում՝ Ավստրիայում վճարված եկամտի հարկին հավասար գումարի չափով, և այդ ռեզիդենտի գույքի հարկի նվազեցում՝ Ավստրիայում վճարված գույքի հարկին հավասար գումարի չափով: Սակայն երկու դեպքում էլ այդպիսի նվազեցումը չպետք է գերազանցի մինչև նվազեցման իրականացումը հաշվարկված եկամտի հարկի կամ գույքի հարկի այն մասը, որը, հանգամանքներից կախված, վերագրվում է եկամտին կամ գույքին, որոնք կարող են հարկվել Ավստրիայում:

2. Ավստրիայում կրկնակի հարկումը բացառվում է հետևյալ կերպ.

ա/ երբ Ավստրիայի ռեզիդենտը եկամուտ է ստանում կամ տնօրինում է գույք, որոնք, սույն Կոնվենցիայի դրույթներին համապատասխան, կարող են հարկվել Հայաստանում, ապա Ավստրիան, հետևելով «բ» և «գ» ենթակետերի և 3-րդ կետի դրույթներին, այդ եկամուտը կամ գույքը ազատում են հարկից,

բ/ երբ Ավստրիայի ռեզիդենտը ստանում է եկամտի տարրերը, որոնք, 10-րդ, 11-րդ և 12-րդ հոդվածների 2-րդ կետերի, 13-րդ հոդվածի 4-րդ և 21-րդ հոդվածի 3-րդ կետերի դրույթներին համապատասխան, կարող են հարկվել Հայաստանում, ապա Ավստրիան Հայաստանում վճարված հարկի գումարի չափով տվյալ ռեզիդենտի եկամտի հարկից թույլատրում է նվազեցում կատարել: Սակայն այդպիսի նվազեցումը չպետք է գերազանցի մինչև նվազեցման

իրականացունը հաշվարկված հարկի այն մասը, որը վերագրվում է Հայաստանից ստացված եկամտի այդ տարրերին,

զ/ Ավստրիայի ռեզիդենտ հանդիսացող ընկերությանը Հայաստանի ռեզիդենտ հանդիսացող ընկերության կողմից վճարված՝ 10-րդ հոդվածի 2-րդ կետի «ա» ենթակետով սահմանված շահարաժիհները պետք է ազատվեն հարկից Ավստրիայում՝ համաձայն Ավստրիայի ներքին օրենսդրության համապատասխան դրույթների՝ չնայած այդ օրենսդրությամբ նախատեսված ցանկացած նվազագույն մասնակցության պահանջի մերժմանը:

3. Երբ սույն Կոնվենցիայի որևէ դրույթին համապատասխան՝ Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտի ստացած եկամուտը կամ տնօրինած գույքը այդ Պետությունում ազատվում է հարկից, ապա այդ Պետությունը, այնուամենայնիվ, կարող է այդ ռեզիդենտի եկամտի կամ գույքի մնացած մասի համար հարկի գումարը հաշվարկելիս հաշվի առնել ազատված եկամուտը կամ գույքը:

ՀՈԴՎԱԾ 24 ԱՆԽՏՐԱԿԱՆՈՒԹՅՈՒՆ

1. Պայմանավորվող պետության ազգային անձինք չեն ենթարկվի մյուս Պայմանավորվող պետությունում այլ կամ ավելի ծանր հարկման կամ դրա հետ կապված որևէ պարտավորության, քան այն հարկումն ու դրա հետ կապված պարտավորությունները, որոնց ենթարկվում կամ կարող են ենթարկվել այդ մյուս Պետության ազգային անձինք նույն հանգամանքների դեպքում, մասնավորապես ռեզիդենտության նկատմամբ: Այս դրույթը, չնայած 1-ին հոդվածի դրույթներին, կկիրառվի նաև Պայմանավորվող պետություններից մեկի կամ երկուսի ռեզիդենտ չհանդիսացող անձանց նկատմամբ:

2. Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտ հանդիսացող՝ քաղաքացիություն չունեցող անձինք, Պայմանավորվող պետություններից և ոչ մեկում չեն ենթարկվի այլ կամ ավելի ծանր հարկման կամ դրա հետ կապված որևէ պարտավորության, մասնավորապես, կապված ռեզիդենտության հետ, քան այն հարկումն ու դրա հետ կապված պարտավորությունները, որոնց ենթարկվում են կամ կարող են ենթարկվել տվյալ Պետության ազգային անձինք նույն հանգամանքների դեպքում:

3. Մյուս Պայմանավորվող պետությունում Պայմանավորվող պետության ձեռնարկության ունեցած մշտական հաստատության հարկումը այդ մյուս Պետությունում չպետք է նվազ բարենպաստ լինի, քան այդ մյուս Պետության համանման գործունեություն իրականացնող ձեռնարկության հարկումը: Այս դրույթը չպետք է մեկնաբանվի որպես Պայմանավորվող պետությանը պարտավորեցնող՝ մյուս Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտներին հարկման նպատակներով այնպիսի անձնական զեղչեր, նվազեցումներ և պակասեցումներ տրամադրելու, որոնք Պայմանավորվող պետությունը տրամադրում է իր ռեզիդենտներին՝ նրանց քաղաքացիական կարգավիճակի կամ ընտանեկան հանգամանքների հիման վրա:

4. Բացառությամբ այն դեպքերի, երբ կիրառվում են 9-րդ հոդվածի 1-ին կետի, 11-րդ հոդվածի 7-րդ կետի կամ 12-րդ հոդվածի 6-րդ կետի դրույթները, մի Պայմանավորվող պետության ձեռնարկության կողմից մյուս Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտին վճարված տոկոսները, ռոյալթին և այլ վարձատրությունները, այդպիսի ձեռնարկության հարկվող շահույթի որոշման նպատակով ենթակա են նվազեցման նույն պայմաններով, ինչպես առաջինը հիշատակված Պետության ռեզիդենտին վճարելիս: Նմանապես մի Պայմանավորվող պետության ձեռնարկության ցանկացած պարտք մյուս Պայմանավորվող պետության ռեզիդենտին, այդ ձեռնարկության հարկվող կապիտալի որոշման նպատակով ենթակա կլինի նվազեցման նույն պայմաններով, ինչպես որ առաջինը հիշատակված Պետության ռեզիդենտին պարտք լինելիս:

5. Պայմանավորվող պետության ձեռնարկությունները, որոնց կապիտալն ամբողջությամբ կամ մասամբ, ուղղակիորեն կամ անուղղակիորեն պատկանում կամ կառավարվում է մյուս Պայմանավորվող պետության մեկ կամ քանի ռեզիդենտների կողմից, չեն ենթարկվի առաջինը հիշատակված Պետությունում այլ կամ ավելի ծանր որևէ հարկման կամ դրա հետ կապված որևէ պարտավորության, քան այն հարկումը կամ դրա հետ կապված պարտավորությունները, որին ենթարկվում են կամ կարող են ենթակվել առաջինը հիշատակված Պետության այլ համանման ձեռնարկությունները:

6. Չնայած 2-րդ հոդվածի դրույթներին՝ սույն հոդվածի դրույթները կկիրառվեն բոլոր տեսակի և բնույթի հարկերի նկատմամբ:

ՀՈՂՎԱԾ 25

ՓՈԽՀԱՄԱՁԱՅՆԵՑՄԱՆ ԸՆԹԱՑԱԿԱՐԳ

1. Այն դեպքում, երբ անձը կարծում է, որ Պայմանավորվող պետություններից մեկի կամ երկուսի գործողությունները հանգեցնում են կամ կհանգեցնեն նրա՝ սույն Կոնվենցիայի դրույթներին չհամապատասխանող հարկման, ապա նա կարող է, այդ Պետությունների ներքին օրենսդրությամբ նախատեսված պաշտպանության միջոցներից անկախ, ներկայացնել իր գործն այն Պայմանավորվող պետության իրավասու մարմնին, որի ռեզիդենտն է հանդիսանում, կամ, եթե իր գործը վերաբերում է 24-րդ հոդվածի 1-ին կետին, այն Պայմանավորվող պետության իրավասու մարմնին, որի ազգային անձն է հանդիսանում: Այդպիսի գործը պետք է ներկայացվի երեք տարվա ընթացքում՝ սույն Կոնվենցիայի դրույթներին չհամապատասխանող հարկման հանգեցնող գործողության մասին առաջին ծանուցման պահից:

2. Եթե դիմում-բողոքը համարվում է արդարացի, և եթե իրավասու մարմինը ի վիճակի չէ հանգելու գոհացուցիչ լուծման, ապա նա կձգտի գործը վճռել մյուս Պայմանավորվող պետության իրավասու մարմնի հետ փոխհամաձայնությամբ՝ սույն Կոնվենցիային չհամապատասխանող հարկումը բացառելու նպատակով: Ցանկացած ձեռքբերված համաձայնություն իրականացվում է՝ անկախ Պայմանավորվող պետությունների ներքին օրենսդրությունում առկա որևէ ժամանակային սահմանափակումից:

3. Պայմանավորվող պետությունների իրավասու մարմինները սույն Կոնվենցիայի մեկնաբանման կամ կիրառման ընթացքում առաջացող ցանկացած

տարածայնություն կամ կասկած կծգտեն լուծել փոխհամաձայնությամբ: Նրանք կարող են նաև խորհրդակցել միմյանց հետ՝ սույն Կոնվենցիայով չնախատեսված դեպքերում կրկնակի հարկումը բացառելու նպատակով:

4. Պայմանավորվող պետությունների իրավասու մարմինները կարող են ուղղակի կապ հաստատել միմյանց հետ՝ նախորդ կետերի առնչությամբ համաձայնության հասնելու նպատակով, այդ թվում՝ իրենցից կամ իրենց ներկայացուցիչներից կազմված համատեղ հանձնաժողովի միջոցով:

5. Եթե սույն Կոնվենցիայի մեկնաբանման կամ կիրառման շուրջ ծագած տարածայնությունները կամ կասկածները Պայմանավորվող պետությունների իրավասու մարմինները, սույն հոդվածի նախորդ դրույթների համաձայն, փոխհամաձայնեցման ընթացակարգը սկսելու օրվանից 2 տարվա ընթացքում չկարողանան լուծել փոխադարձ համաձայնությամբ, ապա գործը բոլոր հարկատուների կողմից կազմված դիմումի հիման վրա կարող է ներկայացվել միջնորդ դատարան այն Պայմանավորվող պետության իրավասու մարմնի կողմից, որը սկսել է փոխհամաձայնեցման ընթացակարգը: Միջնորդ դատարանը պետք է կազմված լինի յուրաքանչյուր Պայմանավորվող պետության իրավասու մարմնի մեկական ներկայացուցչից և յուրաքանչյուր Պայմանավորվող պետության անկախ անձից, որը պետք է նշանակվի միջնորդ դատավորների ցուցակից՝ նրանց ծառայողական դիրքին համապատասխան: Միջնորդ դատավորները մեկ այլ անձի պետք է ընտրեն որպես նախագահի, որը պետք է ունենա որակավորում, որը անհրաժեշտ է իր երկրում բարձր դատական պաշտոնի նշանակվելու համար, կամ պետք է լինի իրավասու հեղինակավոր իրավախորհրդատու: Յուրաքանչյուր Պետություն միջնորդ դատավորների ցուցակի համար պետք է ներկայացնի հինգ իրավասու անձանց: Հարկատուի խնդրանքով նրա գործը պետք է լավի միջնորդ դատարանում: Միջնորդ դատարանը իր որոշումը պետք է ուղարկի գործի ներկայացման օրվանից ոչ ուշ, քան վեց ամիս անց: Առանձին գործի համար կայացրած որոշումը պետք է պարտադիր լինի երկու Պայմանավորվող պետությունների և բոլոր հարկատուների համար, որոնց առնչվում է այն:

ՀՈՂՎԱԾ 26

ՏԵՂԵԿՈՒԹՅԱՆ ՓՈԽԱՆԱԿՈՒՄ

1. Պայմանավորվող պետությունների իրավասու մարմինները կփոխանակեն այնպիսի տեղեկություններ, որոնք անհրաժեշտ կլինեն սույն Կոնվենցիայի կամ Կոնվենցիայում ընդգրկված հարկերի վերաբերյալ Պայմանավորվող պետությունների ներքին օրենսդրության դրույթների կիրառման համար՝ այնքանով, որքանով դրանցից առաջացած հարկումը չի հակասում սույն Կոնվենցիային: Տեղեկության փոխանակումը 1-ին հոդվածով չի սահմանափակվում: Մի Պայմանավորվող պետության կողմից ստացված ցանկացած տեղեկություն պետք է զաղտնի պահվի այնպես, ինչպես այդ Պետության ներքին օրենսդրության սահմաններում ստացված տեղեկությունը, և կարող է հայտնվել միայն այն անձանց կամ մարմիններին (ներառյալ դատարանները և վարչական մարմինները), որոնք զբաղվում են Կոնվենցիայում ընդգրկված հարկերի գնահատմամբ կամ զանձմամբ, հարկերի առնչությամբ հարկադիր բռնագանձմամբ կամ դատական հետապնդմամբ կամ հարկերի վերաբերյալ բողոքարկումների քննարկմամբ: Այդպիսի անձինք կամ մարմինները

տեղեկություններն օգտագործում են միմիայն այդպիսի նպատակների համար: Նրանք կարող են հրապարակել տեղեկությունները դոմբաց դատական նիստի ընթացքում կամ դատական որոշումների ժամանակ: Նույնիսկ նման դեպքերում անձին վերաբերող տվյալների գաղտնիությունը կարող է մերժվել այնքանով, որքանով դա անհրաժեշտ է այլ անձի գերակշռող և օրինական շահերի կամ հասարակության գերակշռող շահերի պաշտպանման համար:

2. Առաջին կետի դրույթները ոչ մի դեպքում չեն կարող մեկնաբանվել որպես մի Պայմանավորվող պետությանը պարտավորեցնող՝

ա) իրականացնելու այդ կամ մյուս Պայմանավորվող պետության օրենսդրությանը և վարչական գործավարությանը հակասող վարչական միջոցառումներ,

բ) ներկայացնելու տեղեկություն, որը հասանելի չէ այդ կամ մյուս Պայմանավորվող պետության օրենսդրությամբ կամ սովորական վարչական գործավարության ընթացքում,

գ) ներկայացնելու տեղեկություն, որը կրացահայտի որևէ առևտրական, ձեռնարկատիրական, արդյունաբերական, առևտրային կամ մասնագիտական գաղտնիք կամ առևտրական գործընթաց, կամ՝ տեղեկություն, որի բացահայտումը հակասում է պետական քաղաքականությանը (հասարակական կարգին) կամ Պետության կողմից տրված հիմնական իրավունքներին, մասնավորապես, տվյալների պաշտպանության բնագավառում:

3. Չնայած 1-ին կետի դրույթներին՝ տեղեկության ցանկացած փոխանակում, որն անհրաժեշտ է սույն Կոնվենցիայում ընդգրկված հարկերի վերաբերյալ Պայմանավորվող պետությունների ներքին օրենսդրության դրույթների կիրառման համար, կարող է կատարվել միայն, եթե իրավասու մարմինների միջև կնքվել է վարչական համաձայնագիր, որը նույնպես կանոնակարգում է տեղեկության փոխանակման կիրառման եղանակը:

ՀՈԴՎԱԾ 27

ԴԻՎԱՆԱԳԻՏԱԿԱՆ ԱՌԱՔԵԼՈՒԹՅՈՒՆՆԵՐԻ ԵՎ ՀՅՈՒՊԱՏՈՍԱԿԱՆ ՀԻՄՆԱԲԿՆԵՐԻ ԱՆԴԱՄՆԵՐ

Սույն Կոնվենցիայի ոչ մի դրույթ չի ազդում դիվանագիտական առաքելությունների և հյուպատոսական հիմնարկների անդամների՝ միջազգային իրավունքի ընդհանուր կանոնների կամ հատուկ համաձայնագրերի դրույթների շրջանակներում տրամադրված հարկային արտոնություններին:

ՀՈԴՎԱԾ 28

ՈՒԺԻ ՄԵՁ ՄՏՆԵԼԸ

1. Սույն Կոնվենցիան պետք է վավերացվի Պայմանավորվող պետություններից յուրաքանչյուրում ընդունված ընթացակարգերին համապատասխան, և վավերագրերը պետք է փոխանակվեն հնարավորին չափ շուտ:

2. Սույն Կոնվենցիան ուժի մեջ կմտնի վավերագրերի փոխանակմանը հաջորդող երրորդ ամսվա առաջին օրվանից, և դրա դրույթները կգործեն՝

ա) աղբյուրի մոտ գանձվող հարկերի առնչությամբ՝ սույն Կոնվենցիայի ուժի մեջ մտնելու տարվան հաջորդող օրացուցային տարվա հունվարի մեկին կամ հունվարի մեկից հետո ստացված եկամտի նկատմամբ,

բ) եկամտի և գույքի այլ հարկերի առնչությամբ՝ սույն Կոնվենցիայի ուժի մեջ մտնելու տարվան հաջորդող օրացուցային տարվա հունվարի մեկին կամ հունվարի մեկից հետո վճարման ենթակա հարկերի նկատմամբ:

ՀՈՂՎԱԾ 29

ԳՈՐԾՈՂՈՒԹՅԱՆ ԴԱԴԱՐԵՑՈՒՄԸ

1. Սույն Կոնվենցիան ուժի մեջ կմնա մինչև Պայմանավորվող պետության կողմից դրա գործողության դադարեցումը: Պայմանավորվող պետություններից յուրաքանչյուրը սույն Կոնվենցիան ուժի մեջ մտնելուց 5 տարի հետո ցանկացած ժամանակ կարող է դադարեցնել սույն Կոնվենցիայի գործողությունը՝ դիվանագիտական ուղիներով դադարեցման մասին ծանուցում ներկայացնելով ոչ ուշ, քան օրացուցային տարվա ավարտից առնվազն վեց ամիս առաջ: Այդ դեպքում սույն Կոնվենցիան կդադարեցնի իր գործողությունը՝

ա) աղբյուրի մոտ գանձվող հարկերի առնչությամբ՝ դադարեցման մասին ծանուցագիրը փոխանցելու տարվան հաջորդող օրացուցային տարվա հունվարի մեկին կամ հունվարի մեկից հետո ստացված եկամտի նկատմամբ,

բ) եկամտի և գույքի այլ հարկերի առնչությամբ՝ դադարեցման մասին ծանուցագիրը փոխանցելու տարվան հաջորդող օրացուցային տարվա հունվարի մեկից սկսվող ցանկացած հարկային տարվա համար վճարման ենթակա հարկերի նկատմամբ:

Ի ՎԿԱՅՈՒԹՅՈՒՆ որի՝ համապատասխան ձևով լիազորված ներքոստորագրյալները ստորագրեցին սույն Կոնվենցիան:

Կատարված է Վիեննա քաղաքում 2002 թ. փետրվարի 27-ին՝ երկու բնօրինակով, յուրաքանչյուրը՝ գերմաներեն, հայերեն և անգլերեն, բոլոր տեքստերը հավասարազոր են:

Մեկնաբանման ժամանակ տարածայնության դեպքում նախապատվություն է տրվում անգլերեն տեքստին:

**ԱՎԱՏՐԻԱՅԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ
ԿԱՌԱՎԱՐՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ՝**

**ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ
ԿԱՌԱՎԱՐՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ՝**

ԱՐՉԱՆԱԳՐՈՒԹՅՈՒՆ

Ավստրիայի Հանրապետության կառավարության և Հայաստանի Հանրապետության կառավարության միջև եկամուտների և գույքի հարկերի առնչությամբ կրկնակի հարկումը բացառելու մասին Կոնվենցիան ստորագրելու պահին ներքոստորագրյալները համաձայնեցին, որ հետևյալ դրույթները կկազմեն սույն Կոնվենցիայի անբաժանելի մասը:

1. Կոնվենցիայի մեկնաբանումը

Համաձայնեցված է, որ Եկամուտների և գույքի վերաբերյալ Տնտեսական համագործակցության և զարգացման կազմակերպության (ՏՀԶԿ) կոնվենցիայի մոդելի կամ Չարգացած և զարգացող երկրների միջև եկամուտների և գույքի հարկերի առնչությամբ կրկնակի հարկման մասին ՄԱԿ-ի կոնվենցիայի մոդելի համապատասխան դրույթների համաձայն մշակված՝ սույն Կոնվենցիայի դրույթները հիմնականում կունենան նույն իմաստը, ինչը արտահայտված է Տնտեսական համագործակցության և զարգացման կազմակերպության և ՄԱԿ-ի կոնվենցիաների մեկնաբանություններում: Վերոհիշյալ համաձայնությունը չի վերաբերում որևէ հակասող մեկնաբանության, որը համաձայնեցվել է իրավասու մարմինների միջև Կոնվենցիայի ուժի մեջ մտնելուց հետո:

Մեկնաբանությունները, որոնք ժամանակ առ ժամանակ կարող են վերանայվել, հանդիսանում են մեկնաբանման միջոցներ՝ Պայմանագրերի իրավունքի մասին Վիեննայի 1969թ. մայիսի 23-ի Կոնվենցիայի իմաստով: Մեկնաբանության ժամանակ ծագած տարաձայնության դեպքում, ինչպես նշված է Տնտեսական համագործակցության և զարգացման կազմակերպության և ՄԱԿ-ի կոնվենցիաների մոդելների մեկնաբանություններում, ընդհանուր մեկնաբանման կարելի է հասնել փոխադարձ համաձայնությամբ՝ 25-րդ հոդվածի համաձայն, եթե անհրաժեշտ է:

2. Համաձայնեցված է, որ Հայաստանում «իրավասու մարմին» տերմինը նշանակում է՝

ա/ 10-րդ հոդվածի 2-րդ կետի, 11-րդ հոդվածի 2-րդ կետի, 12-րդ հոդվածի 2-րդ կետի և 26-րդ հոդվածի կիրառման համար պետական եկամուտների նախարարը կամ նրա լիազոր ներկայացուցիչը, և

բ/ մնացած բոլոր դեպքերում՝ ֆինանսների և էկոնոմիկայի նախարարը կամ նրա լիազոր ներկայացուցիչը:

3. Համաձայնեցված է, որ 3-րդ հոդվածի 1-ին կետի «է» ենթակետում, 4-րդ հոդվածի 3-րդ կետում, 8-րդ հոդվածի 1-ին կետում, 13-րդ հոդվածի 3-րդ կետում և 22-րդ հոդվածի 3-րդ կետում «որոշումներ կայացնելու լիազորությամբ օժտված ղեկավարության վայր» սահմանելիս պետք է, մասնավորապես, հաշվի առնվեն հետևյալ հանգամանքները՝ ընկերության փաստացի ղեկավարման և կառավարման վայրը, տնտեսական և գործառնական տեսանկյուններից ընկերության կառավարման գործում առաջատար նշանակություն ունեցող վայրը և հաշվապահական փաստաթղթերի պահպանման վայրը:

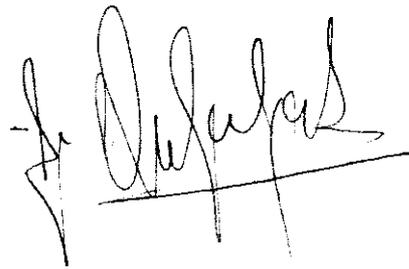
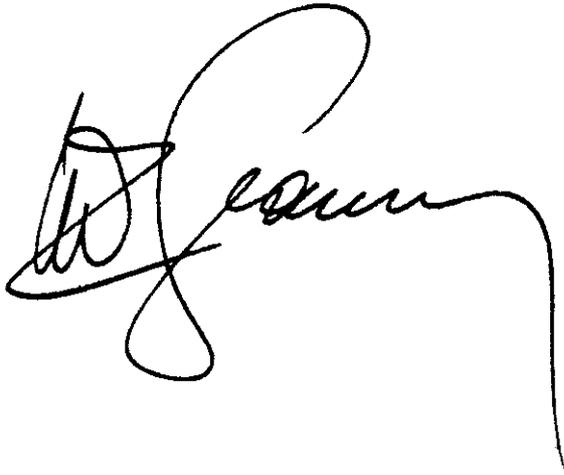
Ի ՎԿԱՅՈՒԹՅՈՒՆ որի՝ համապատասխան ձևով լիազորված ներքոստորագրյալները ստորագրեցին սույն Արձանագրությունը:

Կատարված է Վիեննա քաղաքում 2002 թ. փետրվարի 27-ին՝ երկու բնօրինակով, յուրաքանչյուրը՝ գերմաներեն, հայերեն և անգլերեն, բոլոր տեքստերը հավասարազոր են:

Մեկնաբանման ժամանակ տարածայնության դեպքում նախապատվություն է տրվում անգլերեն տեքստին:

ԱՎԱՏՐԻԱՅԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ
ԿԱՌԱՎԱՐՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՏ՝

ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ
ԿԱՌԱՎԱՐՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՏ՝



**CONVENTION
BETWEEN
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA
AND
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF ARMENIA
FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL**

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Armenia, desiring to conclude a Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital,

Have agreed as follows:

Article 1

PERSONS COVERED

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

TAXES COVERED

(1) This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in Armenia:

- i) the profit tax;
 - ii) the income tax;
 - ii) the property tax;
 - iv) the land tax;
- (hereinafter referred to as "Armenian tax");

b) in Austria:

- i) the income tax;
 - ii) the corporation tax;
 - iii) the land tax;
 - iv) the tax on agricultural and forestry enterprises;
 - v) the tax on the value of vacant plots;
- (hereinafter referred to as "Austrian tax").

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other within a reasonable period of time of any significant changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3

GENERAL DEFINITIONS

(1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

- a) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean Armenia or Austria, as the context requires;
- b) the term "Armenia" means the Republic of Armenia;
- c) the term "Austria" means the Republic of Austria;
- d) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
- e) the term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- f) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- g) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise that has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- h) the term "competent authority" means:
 - i) in Armenia: the Minister of Finance and Economy and the Minister of State Revenues or their authorised representatives;
 - ii) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
- i) the term "national" means:
 - i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State.

(2) As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4

RESIDENT

(1) For the purposes of this Convention, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of incorporation, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5

PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Convention, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than nine months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 7 applies - is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, an insurance enterprise of a Contracting State shall, except in regard to re-insurance, be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State if it collects premiums in the territory of that other State or insures risks situated therein through a person other than agent of an independent status to whom paragraph 7 applies.

(7) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business. However, when the activities of such an agent are devoted wholly or almost wholly on behalf of that enterprise, he will not be considered an agent of an independent status within the meaning of this paragraph.

(8) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere. However, no such deduction shall be allowed in respect of amounts, if any, paid (otherwise than towards reimbursement of actual expenses) by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees, or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission, for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise, by way of interest on moneys lent to the permanent establishment. Likewise, no account shall be taken, in the determination of the profits of a permanent establishment, for amounts charged (otherwise than towards reimbursement of actual expenses) by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees, or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise, by way of interest on moneys lent to the head of the enterprise or any of its other offices.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

(8) The term "profits" as used in this Article includes the profits derived by any partner from his participation in a partnership and in any other body of persons which is treated in the same way for tax purposes.

Article 8

INTERNATIONAL TRAFFIC

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits derived from the direct use, the letting or any other way of exploitation of containers and equipment pertaining to them.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

ASSOCIATED ENTERPRISES

(1) Where

a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those

conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State - and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10

DIVIDENDS

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of these limitations.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the

other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

INTEREST

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest shall be exempted from tax in the Contracting State in which it arises if it is:

- a) interest in connection with the sale on credit of any industrial, commercial or scientific equipment or of any capital goods by an enterprise to another enterprise;
- b) interest on a loan of any nature – not represented by bearer instruments – granted by a banking enterprise;
- c) interest paid to the other Contracting State or to its political subdivisions or local authorities.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from debt claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12

ROYALTIES

(1) Royalties arising in a Contracting State and beneficially owned by a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, or films or tapes used for radio or television broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent

establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13

CAPITAL GAINS

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of shares or other corporate rights in a company the assets of which consist mainly of immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that State.

(5) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2, 3 and 4 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

INDEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, the income may be taxed in the other State but only so much of it as is attributable to that fixed base.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

DEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, may be taxed in the Contracting State of which the operator is a resident.

Article 16

DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors or any other similar organ of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

ARTISTES AND SPORTSMEN

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, the income derived by an entertainer or a sportsman from the activities referred to in paragraph 1 performed within the framework of cultural or sport exchanges agreed to by the Governments of the Contracting States and carried out other than for the purpose of profit, shall be exempt from tax in the Contracting State in which these activities are exercised.

Article 18

PENSIONS

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19

GOVERNMENT SERVICE

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.
- b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
- i) is a national of that State; or
 - ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
- (2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.
- b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall likewise apply in respect of remuneration paid to the Austrian Foreign Trade Commissioner in Armenia and to the members of the staff of that Austrian Foreign Trade Commissioner and to the staff of an Armenian organisation of a similar nature established in Austria.

(4) The provisions of Articles 15, 16, 17, and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof.

Article 20

STUDENTS

Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 21

OTHER INCOME

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, items of income of a resident of a Contracting State not dealt with in the foregoing Articles of this Convention and arising in the other Contracting State may also be taxed in that other State.

(4) Income in the sense of paragraph 1 derived by a resident of a Contracting State from the other Contracting State under a legal claim to maintenance may not be taxed in the first-mentioned State if such income would be exempt from tax according to the laws of the other Contracting State.

Article 22

CAPITAL

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic, and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

(1) In Armenia double taxation shall be eliminated as follows:

Where a resident of Armenia derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, Armenia shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the income tax paid in Austria; and as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid in Austria. Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in Austria.

(2) In Austria double taxation shall be eliminated as follows:

- a) Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Armenia, Austria shall, subject to the provisions of sub-paragraphs b) and c) and paragraph 3, exempt such income or capital from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of paragraphs 2 of Articles 10, 11 and 12, paragraphs 4 of Article 13 and paragraph 3 of Article 21 may be taxed in Armenia, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Armenia. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Armenia.
- c) Dividends in the sense of sub-paragraph a) of paragraph 2 of Article 10 paid by a company which is a resident of Armenia to a company which is a resident of Austria shall be exempt from tax in Austria, subject to the relevant provisions of the domestic law of Austria, however, notwithstanding any deviating minimum participation requirements provided for by that law.

(3) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of a Contracting State is exempt from tax in that State, such State may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

Article 24

NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

(5) If it is not possible for the competent authorities to resolve difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention in the course of the mutual agreement procedure according to the preceding paragraphs of this Article within a time limit of two years from the date on which the procedure was initiated, the case shall be presented, upon application of all taxpayers concerned, to an arbitration court by the competent authority of the Contracting State which has initiated the mutual agreement procedure. The arbitration court shall consist of one representative of each competent authority of the Contracting States and of one independent person from each Contracting State who shall be appointed from a list of arbitrators in the order of their ranking. The arbitrators shall elect another person as chairman who must possess the qualifications required for the appointment to the highest judicial offices in his country or be a juriconsult of recognized competence. Each State shall nominate five competent persons for the list of arbitrators. The taxpayer shall be heard before the arbitration court at his request. The arbitration court shall deliver its decision not more than six months from the date on which the matter was referred to it. The decision shall be binding with regard to the individual case on both Contracting States and all taxpayers concerned.

Article 26

EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention or of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes covered by the Convention, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Even in such cases the confidentiality of person-related data may be waived only in so far as this is necessary to safeguard predominant and legitimate interests of another person or predominant public interests.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public) or to the basic rights granted by a State, in particular in the area of data protection.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 1 any exchange of information as is necessary for carrying out the provisions of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes covered by this Convention can be carried out only if an administrative arrangement between the competent authorities is concluded which will also settle the mode of application of such exchange of information.

Article 27

MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28

ENTRY INTO FORCE

(1) This Convention shall be ratified in accordance with the applicable procedures of each Contracting State and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The Convention shall enter into force on the first day of the third month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place and its provisions shall have effect:

- a) in respect of taxes withheld at source - on income derived on or after 1 January in the calendar year next following the year in which the Convention enters into force;
- b) in respect of other taxes on income, and on capital - for taxes chargeable on or after 1 January in the calendar year next following the year in which the Convention enters into force.

Article 29

TERMINATION

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention at any time after 5 years from the date on which the Convention enters into force, by giving notice of termination, through diplomatic channels, at least six months before the end of any calendar year. In such event, the Convention shall cease to have effect:

- a) in respect of taxes withheld at source - on income derived on or after 1 January in the calendar year next following the year in which the Convention in which the notice is given;
- b) in respect of other taxes on income, and on capital - for taxes chargeable for any tax year beginning 1 January in the calendar year next following the year in which the notice is given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate in Vienna on the 27th day of February 2002 , in the German, Armenian and English languages, all texts being equally authentic. In case of divergence of interpretation, the English text shall prevail.

For the Government
of the Republic of Austria:

Dr. Grasser
(Minister of Finance)

For the Government
of the Republic of Armenia:

Vartan Oskanian
(Minister of Foreign Affairs)

PROTOCOL

At the moment of signing the Convention between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Armenia for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and on Capital the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention.

I. Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD-Model Convention on Income and on Capital or the United Nations Model Double Taxation Convention between Developed and Developing Countries with respect to Taxes on Income and on Capital shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD or UN Commentary thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Convention.

The Commentaries - as they may be revised from time to time - constitute a means of interpretation in the sense of the Vienna Convention of 23rd May 1969 on the Law of Treaties. In case of any divergence in the interpretation as expressed in the commentaries of the OECD and the UN Model, a common interpretation would have to be sought by mutual agreement according to Article 25, if necessary.

II. It is understood that the term "competent authority" means in Armenia:

- a) The Minister of State Revenues or his authorised representative for the application of paragraph 2 of Article 10, paragraph 2 of Article 11, paragraph 2 of Article 12 and Article 26; and
- b) The Minister of Finance and Economy or his authorised representative in all other cases.

III. It is understood that when establishing the "place of effective management" as meant in sub-paragraph g) of paragraph 1 of Article 3, paragraph 3 of Article 4, paragraph 1 of Article 8, paragraph 3 of Article 13 and in paragraph 3 of Article 22 circumstances which may, inter alia, be taken into account are the place where a company is actually managed and controlled, the place that plays a leading part in the management of a company from an economic and functional point of view and the place where the accounting books are kept.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate in Vienna on the 27th day of February 2002, in the German, Armenian and English languages, all texts being equally authentic. In case of divergence of interpretation, the English text shall prevail.

For the Government
of the Republic of Austria:
Dr. Grasser
(Minister of Finance)

For the Government
of the Republic of Armenia:
Vartan Oskanian
(Minister of Foreign Affairs)